

BERICHT DER BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

**21.
Bundesparteitag
Bonn
12. Juni 1973**

CDU

BERICHT DER BUNDES- GESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

**21.
Bundesparteitag
Bonn
12. Juni 1973**

INHALT

Einleitung	5
Bundesausschuß	7
Bundesvorstand	8
Präsidium	10
Landesgeschäftsführerkonferenz	12
Organisations-Kommission	13
Wahlkampf 1972	19
Abteilung Politik	28
Büro für Auswärtige Beziehungen	36
Presseabteilung	38
Abteilung Information / Dokumentation	40
Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	41
Personalplanung	46
Abteilung Organisation	48
Mitgliederstatistik	51

Der Bericht der Bundesgeschäftsstelle zum 21. Parteitag, der an den dem Wiesbadener Parteitag vorgelegten Bericht anschließt, umfaßt mit den Wochen der eigentlichen heißen Wahlkampfphase und den nach dem Wahltag einsetzenden verstärkten Bemühungen um eine Verbesserung der Parteiarbeit einen zwar relativ kurzen, für die Partei aber außerordentlich wichtigen Zeitraum. In diesem Bericht spiegelt sich noch einmal der Einsatz der Partei während des Wahlkampfes wieder; er zeigt aber genauso, daß nach dem 19. November in der CDU keine Resignation eingetreten ist.

Die Bundesgeschäftsstelle hat im Dezember 1972 in ihrem Bericht „Wahlkampf 1972“ ausführlich Rechenschaft über den vergangenen Wahlkampf abgelegt. Aus diesem Grunde erscheint in diesem Bericht nur ein stark zusammengefaßter Überblick über die Wahlkampfarbeit der Bundesgeschäftsstelle in den Wochen des Wahlkampfes, die in den Berichtszeitraum fallen.

Nach dem Wahltag stand die Intensivierung der Parteiarbeit im Mittelpunkt der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Als Zielvorstellung mußte dabei die Aufgabe dienen, die Mobilisierung der Partei während des Wahlkampfes aufzufangen und Hilfen für die Integration der neuen Mitglieder zu geben, die gerade in den letzten Monaten verstärkt zur CDU gefunden hatten. Darüber hinaus galt es, die Ergebnisse der Wahlanalysen im Hinblick auf die konkrete Parteiarbeit auszuwerten. Die Ergebnisse dieser Arbeit – soweit sie in dem sehr kurzen Zeitraum von Mitte Februar bis Juni schon vorliegen können – spiegeln sich in den Berichten der einzelnen Abteilungen wieder. Sie wurden zu einem Teil dem Bundesausschuß vorgelegt, in dem sie einmütige Billigung fanden.

Als ein wichtiger Schritt zur verbesserten Ausbildung unserer hauptamtlichen Mitarbeiter kann das nunmehr begonnene „Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter“ betrachtet werden. Der erste Kursus findet vom 13. bis 16. Juni in Königswinter statt; zwei weitere Kurse sind noch für dieses Jahr vorgesehen. Dieses nach langer und gründlicher Vorarbeit nunmehr gestartete Projekt läßt die Hoffnung als nicht unberechtigt erscheinen, über das „Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter“ ein attraktives Berufsbild des hauptamtlichen Mitarbeiters der Partei schaffen zu können. Nur so wird es uns auf Dauer gelingen, in ausreichender Zahl qualifizierte Mitarbeiter für uns zu gewinnen.

Für die innere Organisation der Bundesgeschäftsstelle hat sich als positiv die endgültige Fertigstellung des Konrad-Adenauer-Hauses erwiesen. Das Haus ist nunmehr voll funktionsfähig. Die bereits im letzten Bericht erwähnte erfreuliche Entwicklung, daß immer mehr Besucher bei ihrer Reise nach Bonn einen Besuch im Konrad-Adenauer-Haus fest mit einplanen und dieses Haus ein Identifikationspunkt für die gesamte Partei zu werden beginnt, hat sich verstärkt fortgesetzt. Mit der Einführung der Institution eines „Referenten vom Dienst“ ist nunmehr Sorge getragen, daß auch den vielen unangemeldeten Gruppen und Einzelbesuchern die notwendige Gastfreundschaft in unserem Hause gewährt werden kann.

Die Zusammenarbeit mit dem am 17. August 1972 erstmalig gewählten Betriebsrat der Bundesgeschäftsstelle hat sich inzwischen außerordentlich konstruktiv und fruchtbar entwickelt. In vollem Einvernehmen zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat ist eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen worden, die die Grundsätze der Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat regelt.

Trotz der nicht einfachen Situation der Partei hat sich die Zahl der Mitglieder weiterhin stark erhöht. Konnte auf dem Parteitag in Wiesbaden das 400 000. Mitglied begrüßt werden, so zählt die CDU jetzt ca. 440 000 Mitglieder in ihren Reihen. In dieser imponierenden Zahl spiegelt sich nicht allein die erhöhte Mobilisierung während des Wahlkampfes wider; auch in den Monaten danach fanden – im Vergleich zu früheren Jahren – außerordentlich viele Bürger den Weg zur CDU. Diese Mitgliederbewegung ist außergewöhnlich für eine Partei, die eine nicht gerade besonders erfolgreiche Bundestagswahl hinter sich hat. Es hat sich aber zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Union die einzige Alternative zur Linkskoalition in Bonn ist und daß es nicht mehr genügt, abseits zu stehen, sondern vielmehr das bewußte Engagement in der Partei heute notwendiger denn je ist.

Die vergangenen Monate haben insgesamt die ersten Impulse für eine Erneuerung der Partei gebracht. Die guten Ergebnisse bei den Teilkommunalwahlen in Ostwestfalen und Niedersachsen sowie bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg haben gezeigt, daß die Union keineswegs auf verlorenem Posten steht. Aufgabe der kommenden Zeit wird es sein, ein festes Fundament zu schaffen, auf dem die anstehenden wichtigen Landtagswahlen erfolgreich bestanden werden können.

Der Bundesausschuß, der „kleine Parteitag“ der CDU, trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen.

Auf der Sitzung am 12. Februar 1973 richtete der Bundesausschuß in einer mit großer Mehrheit gefaßten EntschlieÙung an die CDU-Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Empfehlung, keine verfassungsrechtlichen Schritte gegen den Grundvertrag einzuleiten. Neben einer Erklärung zur Währungskrise beschloÙ der Bundesausschuß nach einem Bericht des Generalsekretärs folgende Aufträge:

1. Der Zwischenbericht der Grundsatzkommission soll Grundlage und Ausgangspunkt einer breiten und offenen Diskussion über das Selbstverständnis der CDU in allen Kreisparteien und auf dem nächsten Bundesparteitag sein.
2. Bundespartei und Bundestagsfraktion sollen für wichtige innenpolitische Bereiche sobald wie möglich detaillierte Sachprogramme vorlegen, die in den Kreisparteien diskutiert und vom Bundesparteitag gebilligt werden müssen.
3. Präsidium und Bundesvorstand sollen ein Konzept für eine langfristige politische Planung entwickeln.

Der Bundesausschuß fordert den Bundesvorstand auf, ein Arbeitsprogramm zur Aktivierung der Parteiarbeit vorzulegen.

Da die Zeit für die Beratungen auf der Bundesausschußsitzung am 12. 2. 1973 nicht ausreichte, wurde der Bundesausschuß zu einer weiteren Sitzung am 2. April 1973 einberufen. Der Bundesausschuß nahm ausführliche Berichte des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs sowie des Vorsitzenden der Grundsatzkommission entgegen. Die Vorsitzenden der Kommissionen „Berufliche Bildung“ und „Bodenrecht“ berichteten über den Stand der Arbeiten in ihren Kommissionen.

Auf dieser Sitzung faÙte der Bundesausschuß unter anderem folgende Beschlüsse:

1. Der Bundesausschuß bekennt sich zu den Grundsätzen über den Schutz des ungeborenen Lebens und lehnt die von SPD und FDP vorgesehene Fristenlösung ab.
2. Der Bundesausschuß fordert den Bundesvorstand auf, zum Bundesparteitag im Oktober 1973 Thesen zu den politischen Grundsätzen der Union vorzulegen.
3. Der Bundesausschuß unterstützt den Antrag der Frauenvereinigung der CDU, im Jahre 1974 einen Kongreß über die Medienerziehung durchzuführen.
4. Der Bundesausschuß fordert den Bundesvorstand auf, den Beschluß des Bundesparteitages 1969, zu den Fragen der Europapolitik eine Tagung mit den Freunden des benachbarten Auslandes in Deutschland durchzuführen, zu überprüfen und darüber auf der nächsten Bundesausschußsitzung zu berichten.

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand tagte im Berichtszeitraum achtmal.

Die Bundesvorstandssitzung am 9. 10. 1972 fand in Wiesbaden statt und diente der Vorbereitung des Bundesparteitages.

Am 20. 11. 1972 trat der Bundesvorstand zusammen, um über den Ausgang der Bundestagswahl zu diskutieren. In einer Erklärung dankte der Bundesvorstand den 45 % der Wähler, die den Unionsparteien ihr Vertrauen ausgesprochen haben.

Der Bundesvorstand bekundete auf seiner Sitzung am 4. Dezember 1972 einstimmig seine Bereitschaft zur Fortführung der bewährten gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU, sofern die anstehenden Gespräche zur Übereinstimmung in allen wichtigen politischen und organisatorischen Fragen führen.

Auf einer Klausurtagung am 27./28. Januar 1973 diskutierte der Bundesvorstand mit sachverständigen Sozialwissenschaftlern die Analyse der kurz-, mittel- und langfristigen Ursachen der Wahlniederlage der CDU am 19. November 1972. Auf der Grundlage der Berichte des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs über die künftige politische Strategie und die erforderlichen organisatorischen Konsequenzen für die Parteiarbeit führte der Bundesvorstand eine eingehende grundsätzliche Debatte über Ziele und Grundsätze der Union. Auf dieser Sitzung beschloß der Bundesvorstand, den 21. Bundesparteitag der CDU zwischen dem 7. und 10. Oktober 1973 in Hamburg zu veranstalten. Ferner beauftragte der Bundesvorstand das Präsidium, nach Absprache mit der Jungen Union einen Vorschlag für die Bildung eines jugendpolitischen Fachausschusses der Partei und den Aufbau eines entsprechenden Referates in der Bundesgeschäftsstelle zu erarbeiten.

Schwerpunkt der Diskussion des Bundesvorstandes auf seiner Sitzung am 19. Februar 1973 war die Diskussion über die künftige Parteiarbeit. Der Bundesvorstand billigte das ihm vorliegende Schema über die von Partei und Fraktion zu bildenden Kommissionen, die zu den politischen Schwerpunktthemen

Eigentum
Bodenrecht
Steuern
Berufliche Bildung
Soziale Dienste
Familie
Jugend
Frauen
Mitbestimmung
Medienpolitik

detaillierte Sachprogramme entwickeln sollen. Einstimmig beschloß der Bundesvorstand einen zentralen Bundesrednereinsatz; ebenfalls einstimmig nahm er zu den von der Bundesregierung angekündigten Steuererhöhungen Stellung.

Neben der Diskussion über die politische Lage und der Vorbereitung auf die nachfolgende Bundesausschußsitzung bekräftigte der Bundesvorstand auf seiner Sitzung am 2. April 1973 seinen Beschluß vom 9. Dezember 1971 bezüglich der Neufassung des § 218 StGB. Auf dieser Sitzung beschloß der Bundesvorstand ferner die Einrichtung eines Bundesfachausschusses „Innenpolitik“.

Am 12. Mai 1973 trat der Bundesvorstand zusammen, um die durch den Rücktritt Dr. Barzels als Fraktionsvorsitzender entstandene politische Lage zu diskutieren. Auf Vorschlag des Parteivorsitzenden beschloß der Bundesvorstand, den Bundesparteitag, auf dem der Bundesvorstand neu gewählt wird, auf den 12. Juni 1973 vorzuverlegen. Der Parteitag findet in Bonn statt. Der Bundesvorstand bereitete ferner die mit der CSU zu führenden Gespräche vor.

Am 25. Mai 1973 trugen die Vorsitzenden der Kommissionen „Medienpolitik“, „Bodenrecht“, „Vermögenspolitik“ und „Berufliche Bildung“ die Ergebnisse der Beratungen ihrer Kommissionen vor. Der Bundesvorstand befand darüber, in welcher Form diese Papiere in die Partei zur breit angelegten Diskussion zu geben sind.

Im Berichtszeitraum hielt das Präsidium der CDU insgesamt 19 Sitzungen ab. Wegen der Vielzahl der Termine kann hier nur in Stichworten über die einzelnen Sitzungen berichtet werden:

13. 11. 1972

Neben der Absprache über letzte Maßnahmen vor der Bundestagswahl waren der Grundvertrag sowie die Stabilitätspolitik Themen dieser Sitzung.

20. 11. 1972

Die Präsidiumsmitglieder bekräftigen ihr bereits in der Wahlnacht öffentlich zum Ausdruck gebrachtes Bekenntnis zur unbedingten Solidarität mit dem Parteivorsitzenden. Das Präsidium stimmt darin überein, das Wahlergebnis auf einer Klausurtagung Anfang Januar 1973 nach Vorlage einer sorgfältigen Wahlanalyse zu diskutieren.

4. 12. 1972

Themen: Fortsetzung der gemeinsamen Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag
Grundvertrag

11. 12. 1972

Thema: Grundvertrag

15. 1. 1973

Nach einer politischen Generalaussprache bereitet das Präsidium die Klausurtagung des Bundesvorstandes am 27./28. Januar 1973 vor.

22. 1. 1973

Themen: Parlamentsdebatte über die Regierungserklärung
Rentenänderungsgesetz
Klausurtagung des Bundesvorstandes
Einberufung des Bundesparteitages 1973 nach Hamburg

12. 2. 1973

Diese Sitzung des Präsidiums diente der Vorbereitung der Bundesausschußsitzung am gleichen Tag.

19. 2. 1973

Themen: Grundvertrag
Steuererhöhungen
Rentennovelle
Parteiarbeit

26. 2. 1973

Neben einem Beschluß zur Frage der Neugliederung des Bundesgebietes behandelt das Präsidium folgende Themen:

Parteiarbeit
Steuererhöhungen
Radikalismus

12. 3. 1973

Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die Haltung der CDU zu den steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung.

Weitere Themen:

Kuratorium Unteilbares Deutschland
Auslandsarbeit

Zum Grundvertrag gab das Präsidium eine Erklärung ab.

19. 3. 1973

Nach einer ausführlichen Diskussion über die politische Situation und über Fragen der Parteiarbeit diskutiert das Präsidium mit den Landesschatzmeistern der Partei und den übrigen Mitgliedern des Bundesfinanzausschusses.

2. 4. 1973

Das Präsidium bereitet die am gleichen Tag stattfindenden Sitzungen des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses vor.

7. 5. 1973

Themen: Stabilitätspolitik
Außenpolitik
§ 218

Im Anschluß an die Präsidiumssitzung führte das Präsidium der CDU eine Aussprache mit ca. 300 christlich-sozialen Betriebsräten über aktuelle Fragen der Partei – und der Gesellschaftspolitik durch. Am Abend des gleichen Tages führte das Präsidium ein Gespräch mit dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken.

9. 5. 1973

Das Präsidium diskutiert die politische Situation nach dem Rücktritt des Parteivorsitzenden von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender und beschließt die Einberufung des Bundesvorstandes für den 12. Mai, um die außen- und innenpolitischen Grundsätze der Partei festzulegen. Das Präsidium lädt die Führungsspitze der CSU zu einem Gespräch ein.

14. 5. 1973

Das Präsidium faßt die aufgrund der politischen Lage notwendigen Beschlüsse zur Parteiarbeit. Am gleichen Tag fand eine Sitzung des Präsidiums mit dem Bundesvorstand der DAG statt.

14. 5. 1973

Vorbereitung des Gesprächs mit der CSU.

21. 5. 1973

Das Präsidium beschließt trotz der ablehnenden Haltung der anderen Parteien zur 20. Wiederkehr des 17. Juni in Berlin eine Gedenkfeier abzuhalten. Das Präsidium bedauert ausdrücklich, daß die anderen politischen Parteien dazu nicht bereit sind.

Weitere Themen:

Vorbereitung eines weiteren Gesprächs mit der CSU
Vorbereitung der Sitzung des Bundesvorstandes
am 25. Mai
Stabilitätspolitik

4. 6. 1973

Themen: Vorbereitung des 21. Bundesparteitages
Stabilitätspolitik

Landesgeschäfts- führerkonferenz

Die Landesgeschäftsführerkonferenz tagte im Berichtszeitraum dreimal und behandelte dabei im einzelnen folgende Themen:

Die Sitzung am 7. 12. 1972 wurde mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht des Bundesgeschäftsführers Ottfried Hennig über den zurückliegenden Wahlkampf eröffnet. An diesen Bericht schloß sich eine eingehende und grundsätzliche Diskussion über politische, werbliche und organisatorische Fragen an, an der auch der Generalsekretär teilnahm.

1./2. Februar 1973

Im Mittelpunkt dieser Landesgeschäftsführerkonferenz stand eine umfassende politische Diskussion mit dem Parteivorsitzenden. Auf der Grundlage der Wahlanalyse des Generalsekretärs diskutierte die Landesgeschäftsführerkonferenz folgende Punkte der konkreten Parteiarbeit:

- Bundesparteitag 1973
- Publizistische Aktionen der Partei
- Arbeit im vorpolitischen Raum
- Mitgliederwerbung
- Veränderung des Parteiimages
- Jugendarbeit
- Mitarbeiterschulung
- Pressearbeit

Auf der Sitzung am 15. März 1973 stimmte die Landesgeschäftsführerkonferenz dem Vorschlag der Bundesgeschäftsstelle für ein Aus- und Fortbildungsprogramm für die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei zu. Folgende weitere Themen der Parteiarbeit wurden auf dieser Sitzung behandelt:

- Bericht über Mitgliederwerbemaßnahmen
- Service-Katalog
- Leitfäden für die Parteiarbeit
- Publizistische Begleitung politischer Aktionen
- CDU-Werbebrochure
- Zentraler Rednereinsatz
- CDU-Anstecknadel
- Wandzeitungen

Der Bundesvorstand hat gemäß einem Auftrage des 19. Bundesparteitages eine Organisations-Kommission unter Leitung des Generalsekretärs der Partei Dr. Konrad Kraske eingesetzt, die die Organisationsstruktur der Partei überprüfen und entsprechende Statutenänderungen vorbereiten sollte.

Auf der konstituierenden Sitzung am 24. Januar 1972 hat die Organisations-Kommission zwei Unterkommissionen und drei Sondergruppen gebildet, denen bestimmte Aufgabenstellungen zugewiesen wurden und deren Beratungsergebnisse der Gesamtkommission zur weiteren Behandlung vorgelegt wurden:

Die **Unterkommission I** unter Vorsitz von Herrn Dr. Göb erhielt den Auftrag, sich mit den dringendsten und auffälligsten Engpässen und Schwächen in der Zusammenarbeit der wichtigsten Schaltstellen der Partei und deren langfristiger Behebung zu beschäftigen:

1. Partei – Fraktion
2. Partei – Vereinigungen
3. Bundespartei – Landes- und Kreisverbände
4. Partei – Wirtschaftsbetriebe (UBG)
5. Fachausschüsse, Arbeitskreise

Die **Unterkommission II** unter Vorsitz des Bundesgeschäftsführers Ottfried Hennig hatte die Aufgabe, die Parteiorganisation im Hinblick auf die Optimierung ihrer Kräfte für die kurzfristige Erfüllung einer bestimmten Aufgabe, insbesondere für die Durchführung des Bundestagswahlkampfes 1973, zu untersuchen. Im Rahmen dieser Aufgabenstellung sollten auch die Frage des Mitwirkungsrechts des Bundesvorstandes an der Aufstellung von Landeslisten für Bundestagswahlen (Wahlgesetz) behandelt werden und das Problem der Praktikabilität des dem Generalsekretär nach § 26 des Statuts zustehenden Weisungsrechts.

Die drei Sondergruppen wurden mit der Behandlung folgender Punkte betraut:

1. Möglichkeit der Mitarbeit von Ausländern in der CDU.
2. Bestimmungen des Statuts über den Delegiertenschlüssel für Bundesparteitag und Bundesausschuß.
3. Einheitliche Standardausrüstung für Kreisgeschäftsstellen (personell, maschinell) – gemeinsame technische Büros mehrerer Kreisverbände (bei Stadtstaaten evtl. Landesgeschäftsstellen).

Die beiden Unterkommissionen und die Sondergruppen haben in mehreren Sitzungen die ihren Aufträgen entsprechenden Vorlagen für die Sitzungen der Organisations-Kommission am 25. Mai 1972 und am 16. Mai 1973 vorbereitet. Aufgrund dieser Vorarbeiten hat die Organisations-Kommission folgende Beschlüsse gefaßt.

1. **Parteistruktur allgemein**

1.1 **Ausländer in der CDU**

Zum Problem „Ausländer in der CDU“ empfiehlt die Organisations-Kommission:

- a) Ablehnung der Mitgliedschaft, statt dessen Empfehlung, gemischte Arbeitskreise auf Kreis- und Ortsebene einzurichten.
- b) Empfehlung an den Bundesvorstand, das Problem zunächst im Bundesausschuß zu behandeln. Dazu hat die Organisationskommission eine Beschlußvorlage für den Bundesausschuß erarbeitet.

1.2 Statutenänderung

1.2.1. Stimmrecht des Bundesvorstandes auf Bundesparteitag und Verankerung der Ehrenvorsitzenden im Statut

Die Organisations-Kommission hat dem Bundesvorstand einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt und empfohlen, diese Satzungsänderungsvorschläge auf dem 21. Bundesparteitag zu verabschieden.

Ein Stimmrecht der Mitglieder des Bundesvorstandes kraft Satzung hat die Organisations-Kommission mit Mehrheit abgelehnt.

1.2.2 Aufgabenverteilung im Bundesvorstand

Zum Antrag des Landesverbandes Berlin auf dem 19. Bundesparteitag in Saarbrücken, im Bundesstatut eine Aufgabenverteilung innerhalb des Bundesvorstandes festzulegen, empfiehlt die Organisations-Kommission, in das Statut eine Bestimmung aufzunehmen, daß der Bundesvorstand sich eine Geschäftsordnung gibt, in der auch eine Verteilung der Aufgaben vorgesehen ist. Ein entsprechender Vorschlag auf Änderung des Bundesstatuts wurde dem Bundesvorstand zugeleitet.

Der Bundesvorstand ist auf seiner Sitzung am 25. Mai dem Antrag der Organisations-Kommission nicht gefolgt. Der Bundesvorstand war der Ansicht, daß eine Aufgabenverteilung nur für das Präsidium sinnvoll sei.

1.2.3 Delegiertenschlüssel zum Bundesparteitag

Die Organisations-Kommission empfiehlt die Beibehaltung des derzeitigen Delegiertenschlüssels. In den Beratungen zu dieser Frage hat sich gezeigt, daß bereits jetzt bei den meisten Landesverbänden eine Regelung bei der Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag besteht, die es ermöglicht, daß praktisch jeder Kreisverband mit einem Delegierten auf dem Bundesparteitag vertreten ist.

1.2.4 Überarbeitung der Geschäftsordnung und Prüfung der durchgehenden Verbindlichkeit für alle Parteigliederungen

Bei den Beratungen hat sich gezeigt, daß die Erarbeitung einer Geschäftsordnung, die für alle Parteigliederungen verbindlich ist, nicht möglich ist, da in vielen Landesverbänden diese Frage schon in den Satzungen geregelt ist.

Deshalb verabschiedete die Organisations-Kommission den Entwurf einer Geschäftsordnung, die nur auf die Bundespartei abgestellt ist. Diese Geschäftsordnung wird dem Bundesvorstand mit der Empfehlung zugeleitet, sie dem 22. Bundesparteitag im Oktober 1973 in Hamburg zur Beschlußfassung vorzulegen.

1.3 Ausrüstung und Besetzung von Kreisgeschäftsstellen; Modellversuche Kreisverbandsarbeit

1.3.1 Die Organisations-Kommission hat hierzu ein Diskussionspapier über Ausrüstung und Besetzung der Kreisgeschäftsstellen verabschiedet. Diese Vorlage wurde der Landesgeschäftsführerkonferenz zur weiteren Bearbeitung zugeleitet und sollte dann mit den von der Landesgeschäftsführerkonferenz und der Konferenz der Landesvorsitzenden gemachten Änderungsvorschlägen wieder an die Organisations-Kommission zurückgegeben werden, um dort zu einer endgültigen Vorlage für den Bundesvorstand umgearbeitet zu werden. Durch den vorgezogenen Bundestagswahlkampf war eine weitere Beratung dieser Vorlage in den vorgenannten Gremien

nicht möglich. In ihrer Sitzung am 16. Mai 1973 hat die Organisations-Kommission eine zügige weitere Behandlung dieser Vorlage, die für die Organisation der Partei von entscheidender Bedeutung ist, befürwortet.

1.3.2 In dieser Vorlage wurde unter anderem ein Programm für die Aus- und Fortbildung hauptamtlicher Mitarbeiter gefordert. Dieses Programm wurde zwischenzeitlich von der Bundesgeschäftsstelle eingeleitet. Die Unterkommission I hat dies am 27. Februar 1972 nachdrücklich unterstützt.

1.3.3 Unabhängig von der weiteren Behandlung der Vorlage „Ausrüstung und Besetzung der Kreisgeschäftsstellen“ hat die Organisations-Kommission die Erprobung mehrerer Modelle der Kreisverbandsarbeit und -organisation in verschiedenen strukturierten Kreisverbänden vorgeschlagen. Bei diesen Modellversuchen soll

- a) eine Bestimmung und Abgrenzung der Aufgabenbereiche der Kreis- und Ortsverbände gefunden,
- b) die Beschreibung und Abgrenzung der Aufgaben der Kreisgeschäftsstellen als der untersten administrativen Ebene der Partei qualitativ und quantitativ im Experiment gefunden,
- c) nach Möglichkeiten für eine stärkere Beteiligung der Mitglieder an der Willensbildung und Entscheidung in den Orts- und Kreisverbänden sowie an der systematischen Öffentlichkeitsarbeit der Partei gesucht werden.

Für diese Modellversuche hat die Organisations-Kommission eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Arbeitsplan erstellen und den Ablauf der Modellreihe überwachen und steuern soll. Ein abschließender Erfahrungsbericht soll Ende 1974 dem Bundesvorstand vorgelegt werden.

Die Organisations-Kommission ist der Auffassung, daß die Durchführung dieser Modellreihe Vorrang vor vielen anderen Arbeiten der Bundespartei haben muß, damit sichergestellt werden kann, daß rechtzeitig vor der Bundestagswahl 1976 die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen im Bundestagswahlkampf für die Gesamtorganisation ausgewertet werden können. Deshalb sind der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister gebeten worden, die für die Durchführung dieser Modellversuche erforderlichen Mittel für 1973/74 vorrangig, notfalls unter Zurückstellung anderer Maßnahmen der Bundespartei, zur Verfügung zu stellen. Die Organisations-Kommission legt großen Wert darauf, daß diese Modellversuche am 1. Oktober 1973 beginnen können, damit die entsprechenden Erfahrungen bereits in die Landtagswahlkämpfe 1974 und 1975 einbezogen werden können.

1.4 Führungsstruktur der Partei

Die Unterkommission I hat sich sehr ausführlich mit der Frage der Führungsstruktur der Partei befaßt und der Organisations-Kommission das Ergebnis ihrer Beratungen am 16. Mai 1973 in Form einer Synopse vorgelegt.

Die Gesamtkommission ist bei ihrer Diskussion der Vorlage der Unterkommission I am 16. Mai 1973 zu der Auffassung gekommen, daß im Hinblick auf die inzwischen eingetretene Entwicklung ein abstimmungsfähiger Vorschlag zu diesem für die Partei wichtigen Problem jetzt nicht gemacht werden kann. Sie läßt offen, ob diese Frage vom neu gewählten Bundesvorstand aufgegriffen und einer Entscheidung zugeführt wird.

1.5 Parteistruktur allgemein

Die Fragen der allgemeinen Parteistruktur, z. B. die Probleme des Verhältnisses Partei – Fraktionen, Partei zu Sonderorganisationen, Partei – Wirtschaftsbetriebe (UBG), Rolle der Vereinigungen, hat die Unterkommission I nicht mehr abschließend beraten können. Jedoch wurden in der Unterkommission eine Reihe von Vorarbeiten geleistet, die für eine weitere Diskussion die Grundlage bilden können.

Dazu gehört die Ausarbeitung von Herrn Wolfgang Falke (SFK):

„Partei und Umwelt: Einige Anmerkungen zur Struktur und Aufgabe der Parteiorganisation.“

2. Kurzfristige Maßnahmen im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf (beschlossen von der Gesamtkommission am 25. Mai 1972 auf Vorschlag der Unterkommission II)

2.1 Umsetzung der Wahlkampfkonzeption in den nachgeordneten Gliederungen

Um sicherzustellen, daß im Rahmen der von den zuständigen Gremien der Bundespartei festgelegten Wahlkampfkonzeption in allen Bundestagswahlkreisen ein schlagkräftiger Wahlkampf geführt werden kann, wird den Landesverbänden empfohlen, für jeden Bundestagswahlkreis, der das Gebiet mehrerer CDU-Kreisverbände umfaßt, Wahlkreisgeschäftsstellen mit hauptamtlichen Geschäftsführern und einem entsprechenden Mitarbeiterstab einzurichten. In Großstädten müssen nach dem Vorschlag der Unterkommission die Kreisgeschäftsstellen so ausgestattet werden, daß sie den stärksten Anforderungen der organisatorischen Betreuung mehrerer Wahlkreise entsprechen. Die Wahlkreisgeschäftsführer sind gemeinsam mit den Wahlkampfleitern der Landesverbände – Generalsekretäre und Landesgeschäftsführer – für die Umsetzung der Wahlkampfkonzeption zuständig.

Diese Empfehlung konnte im vorgezogenen Bundestagswahlkampf in der Partei nicht mehr verwirklicht werden. Die Bundespartei ist in einer Reihe von Wahlkreisen, die keine hauptamtlichen Kräfte haben, eingesprungen, indem sie für zwei bis drei Monate geeignete Parteifreunde engagiert und den Wahlkreisen als Wahlkreisgeschäftsführer zur Verfügung gestellt hat. Die Erfahrung mit diesem Experiment hat gezeigt, wie wichtig gerade für Wahlkämpfe die Ausstattung der Kreisverbände ist. In diesem Zusammenhang ist nochmals auf die Bedeutung der Modellversuche hinzuweisen.

2.2 Informationstagungen und individuelle Schulung der Kandidaten

Die von der Organisations-Kommission vorgeschlagene Schulung von Kandidaten im Rahmen von Regionaltagungen konnte aufgrund des vorgezogenen Wahlkampfes nicht mehr durchgeführt werden. Die Bundespartei hat jedoch im vergangenen September Schulungskurse für Wahlhelfer und Kreisgeschäftsführer in der Akademie Eichholz durchgeführt.

2.3 Handhabung des Weisungsrechts des Generalsekretärs nach § 26 des Statuts

§ 26 des Statuts lautet:

„Zur Vorbereitung und Durchführung von Bundestagswahlkämpfen sind die nachgeordneten Gebietsverbände, die Vereinigungen und die Sonderorganisationen an die Weisungen des Generalsekretärs gebunden.“

Hierzu hat die Unterkommission II folgende Vorschläge erarbeitet:

a) Der Generalsekretär muß über den Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahlen auch auf Landes- und Kreisebene unterrichtet sein. Es muß von vornherein ausgeschlossen sein, daß auf einer nachgeordneten Ebene die politische, organisatorische oder werbliche Vorbereitung eine andere Richtung nimmt, als es die von der Bundespartei für einen Bundestagswahlkampf vorgegebenen Richtlinien gestatten. Gleiches gilt für die Vereinigungen und Sonderorganisationen.

b) Der Generalsekretär muß über die Aufstellung der Direktwahlkreiskandidaten und der Landeslisten frühzeitig informiert werden. Er hat im Zusammenhang mit § 4 Abs. 5 des Statuts die Beschlüsse des Bundesvorstandes beim Einspruch gegen die Aufstellung eines Kandidaten vorzubereiten und durchzuführen. Der Generalsekretär kann für die Aufstellung eines Wahlkreiskandidaten bzw. für die Aufnahme eines Kandidaten in die Landesliste Empfehlungen aussprechen.

c) Der Generalsekretär hat für die politische, organisatorische und werbliche Durchführung des Bundestagswahlkampfes volles Weisungsrecht. In Übereinstimmung mit § 25 hat er jederzeit das Recht, sich über die ordnungsgemäße Durchführung von Wahlkampfmaßnahmen in den nachgeordneten Gebietsverbänden, Vereinigungen und Sonderorganisationen zu unterrichten. Ihm obliegt die Bewirtschaftung des Wahlkampfetats der Bundespartei. Er ist dafür verantwortlich, daß keine Maßnahmen durchgeführt werden, die in der ursprünglichen Wahlkampfkonzeption nicht vorgesehen waren und für die es keine finanzielle Deckung gibt.

Von besonderer Bedeutung für die kommenden Jahre ist der Beschluß der Organisations-Kommission, daß die Landesverbände auch bei Landtagswahlkämpfen die politische und werbliche Grundkonzeption mit der Bundespartei abstimmen. Daher sind Landes- und Kreisverbände gehalten, dem Generalsekretär über ihre Wahlkampf vorbereitungen Bericht zu erstatten, wenn dies gewünscht wird. Die Berichtspflicht auf Anforderung ergibt sich aus § 25 des Statuts.

2.4 Zentraler Bundesrednereinsatz

Die Empfehlung der Organisationskommission zur Straffung des Verfahrens beim Zentralen Bundesrednereinsatz im Bundestagswahlkampf konnte wegen der politischen Entwicklung nicht, wie vorgesehen, dem Bundesvorstand und Bundesausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden, jedoch hat in Tendenz dieser Empfehlung der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 9. Oktober 1972 in Wiesbaden folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bundesvorstand ermächtigt den Generalsekretär, sich in den von der Bundesgeschäftsstelle zentral gesteuerten Rednereinsatz einzuschalten und durch persönliche Absprachen mit den Betreffenden das höchstmögliche Maß an zweckmäßigem Einsatz zu erreichen.“

Die Bundesgeschäftsstelle hat sich gemeinsam mit den Landesgeschäftsstellen im vorgezogenen Wahlkampf bemüht, entsprechend der Empfehlung der Organisationskommission und dem Beschluß des Bundesvorstandes zu verfahren.

2.5 Koordination der Publikationen auf Bundes-, Landes- und Kreis-ebene

Die Unterkommission II hat festgestellt, daß nach § 37 a) des Statuts zwar dem Generalsekretär die Koordination der gesamten Parteiarbeit aller Gebietsverbände, der Vereinigungen und der Sonderorganisationen obliegt, daß aber nach § 37 d) er hinsichtlich der Publikationen ausdrücklich nur die Aufgabe der Koordination der von der Bundespartei, den Vereinigungen und den Sonderorganisationen herausgegebenen Publikationen hat. Die Gesamtkommission hat daher empfohlen, daß zumindest in einem Bundestagswahlkampf auch die Publikationen der Landesverbände der Koordination durch den Generalsekretär unterworfen werden.

2.6 Vorschlagsrecht des Bundesvorstandes für die Aufstellung von Landeslisten

Die Unterkommission II hat die Frage geprüft, ob zur Präzisierung des in § 34 Abs. 5 des Statuts verankerten Mitwirkungsrechts des Bundesvorstandes bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zum Deutschen Bundestag ein Vorschlagsrecht des Bundesvorstandes für die Landeslisten in das Statut aufgenommen werden sollte.

Diese Frage konnte in der Organisationskommission nicht abschließend beraten werden.

Auch ein bundeseinheitliches Verfahren für die Aufstellung von Kandidaten in Wahlkreisen, an denen mehrere Kreisverbände beteiligt sind, konnte vor der Bundestagswahl nicht mehr erarbeitet werden.

2.7 Aufbau eines zentralen Informationssystems

Der Aufbau eines solchen Informationssystems, mit dem durch die Schaffung von Meldeköpfen der zentralen Wahlkampfleitung kurzfristig verlässliche Informationen über die Wirkung der einzelnen zentralen Wahlkampfmittel, die Stimmungslage in Räumen und Berufsgruppen bestimmter Struktur und die Reflexion aktueller Ereignisse übermittelt werden sollen, konnte wegen der vorgezogenen Bundestagswahl nicht mehr verwirklicht werden. Ein umfassendes Arbeitspapier der Bundesgeschäftsstelle lag der Gesamtkommission vor. Nach den Erfahrungen des letzten Wahlkampfes erscheint der Organisationskommission der rechtzeitige Aufbau eines solchen Informationssystems für eine kommende Bundestagswahl von großer Bedeutung.

3. Schlußbemerkungen

Die Organisationskommission hat auf ihrer Sitzung am 16. Mai 1973 beschlossen, ihr Mandat an den Bundesvorstand zurückzugeben. Sie hat jedoch gleichzeitig die Empfehlung ausgesprochen, daß die noch offenen Fragen vom neugewählten Bundesvorstand aufgegriffen und von einer ggf. neu eingesetzten Organisationskommission weiter behandelt und vom 23. Bundesparteitag 1974 zum Abschluß gebracht werden.

In den Berichtszeitraum fiel die heiße Phase des Wahlkampfes 1972. Über die Arbeit, die in diesem Zusammenhang geleistet wurde, hat die Bundesgeschäftsstelle bereits einen ausführlichen Rechenschaftsbericht vorgelegt. (Der Bericht kann bei der BG angefordert werden). Im folgenden wird daher zusammenfassend nur über die wichtigsten Fakten des Kampagnenablaufes berichtet, soweit sie in den Berichtszeitraum fallen.

Der Wahlkampf 1972, kürzer als alle bisherigen Wahlkämpfe, war dennoch aufwendiger als alle seine Vorgänger. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die eingesetzten Werbemittel. Das Werbemittelangebot der Bundesgeschäftsstelle war umfangreicher als je zuvor. Die Bestellungen der Kreis- und Ortsverbände weitaus höher, was die erhöhte Mobilisierung der Parteibasis widerspiegelt.

Diese Steigerung verdeutlicht sich in einem Vergleich der Gesamtauflagen der einzelnen Werbemittel der Bundestagswahlkämpfe von 1969 und 1972.

	1969	1972
Flugblätter, Broschüren, Prospekte	14 203 000	27 230 000
Plakate	1 577 000	3 613 000
Kleinwerbemittel	kein zentrales Kleinwerbemittelangebot	9 145 000

Wahlkampfereöffnungsaktionen zum Wahlparteitag

Der 20. Bundesparteitag der CDU vom 9. bis 11. Oktober 1972 in Wiesbaden war gleichzeitig die offizielle Wahlkampfereöffnungsveranstaltung der CDU, auf der der Parteivorsitzende das gemeinsame Regierungsprogramm der Unionsparteien verkündete. Auf dem Parteitag legten darüber hinaus die Mitglieder der Mannschaft im Rahmen der ausführlichen Diskussion die politische Konzeption für ihren Sachbereich dar. Um die Bedeutung dieses Parteitages und des auf ihm verkündeten Regierungsprogramms zu verdeutlichen, wurde eine Reihe von Werbemaßnahmen geschaltet:

Vom 4. bis 14. Oktober belegten wir alle 60 000 Allgemeinstellen der Bundesrepublik mit einem DIN A 0-Plakat. Dieses Plakat zeigte ein Vierfarb-Porträt des Parteivorsitzenden Dr. Barzel und den Text: „Unser Regierungsprogramm: Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“.

Die Kreisverbände konnten nach dem Parteitag dieses Plakat kostenlos beziehen. Es wurde als offizielles Sloganplakat eingesetzt. Im Unterschied zu früheren Wahlkämpfen gab es kein anderes Sloganplakat ohne Bild. Dieses Plakat erzielte eine Gesamtauflage von 429 000 Exemplaren.

Das Regierungsprogramm erschien in zwei verschiedenen Formen. In einer Auflage von 1 000 000 Stück wurde eine 48seitige Broschüre erstellt, die neben dem Regierungsprogramm die Parteitagsrede des Vorsitzenden enthielt. Diese Broschüre wurde gegen Bestellung an die Kreisverbände abgegeben.

Da sich das Interesse an diesem Programm als sehr rege erwies, wurde das Regierungsprogramm darüber hinaus als 14-Seiten-Faltprospekt gedruckt. Von diesem Faltprospekt erhielt jeder Kreisverband eine kostenlose Grundausrüstung von 2 000 Stück. Die Gesamtauflage belief sich auf 5,3 Millionen Exemplare.

Als Broschüre mit Vierfarb-Umschlag wurden die Reden der im Programm des Parteitages ausgedruckten Mitglieder der Führungsmannschaft gedruckt. Diese Reden konnten von den Kreisverbänden bestellt werden. Auch hier lagen die Bestellungen über den Erwartungen.

Alle Kreisverbände und Kandidaten erhielten direkt aus Wiesbaden ein „Parteitagspaket“ mit folgendem Inhalt:

50 Parteitagsplakate DIN A 1,
100 Regierungsprogramme – Broschüre,
je 20 Broschüren der sechs gedruckten Parteitagsreden,
5 Anzeigenvordrucke für eine Kreisverbands-Anzeigenaktion
„Machen Sie mit“.

Im Zusammenhang mit dem Parteitag wurde am 13. 10. 1972 eine Anzeige mit dem Titel „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“ geschaltet, die das Regierungsprogramm der Union erläuterte.

Insertion in Tageszeitung und Illustrierten

Die Insertion bildete einen besonderen Schwerpunkt im Rahmen der Wahlkampf-Werbemittel. Vom 13. 10. 1972 an erschien jeweils montags, mittwochs und freitags eine Anzeige in allen Tageszeitungen. Wegen des erhöhten Aufmerksamkeitswertes wurde als Format die 2/3 Seite im Querformat mit Zusatzfarbe rot gewählt. In den Zeitungen der Vertriebenen-, der Agrar- und bei Anfrage der Kirchenpresse erschien je eine ganseitige Anzeige. In den Illustrierten wurden insgesamt vier Anzeigen gestaltet.

Couponaktion

In allen Anzeigen, Faltprospekten und Flugblättern wurde ein Antwortcoupon eingedruckt. Mit diesem Coupon konnte der Leser Informationsmaterial anfordern, sich als Mitglied anmelden oder der CDU eine Wahlspende ankündigen. In der letzten Woche des Wahlkampfes wurde in den Tageszeitungsanzeigen der Antwortcoupon durch einen Hinweis auf die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme ersetzt, da eine Beantwortung der Coupons vor dem Wahltag (dies gilt für die letzten Anzeigen) nicht mehr möglich gewesen wäre, zum anderen das Erst- und Zweitstimmenproblem immer wichtiger wurde.

Die Coupon-Aktion hat sich als äußerst erfolgreich herausgestellt und bietet ein gutes Muster für weitere Aktionen dieser Art. Über 70 000 Coupons wurden an die Bundesgeschäftsstelle zurückgesandt. Im einzelnen sieht das Ergebnis wie folgt aus:

1. Informationsanfragen

Faltprospektcoupons	
Rücklauf im Wahlkampf	26 314
Tageszeitungs- und Illustriertencoupons	
Rücklauf insgesamt	44 303
Gesamtcouponrücklauf	70 617

2. Mitgliedsanmeldungen

In der Zeit vom 20. 9. 1972 bis zum 17. 11. 1972 haben sich auf Grund der Coupon-Aktion über die Bundesgeschäftsstelle 4 231 Mitglieder bei der CDU angemeldet. Die Bewerber wurden mit speziellem Informationsmaterial beliefert. Die Anschriften wurden an die zuständigen Kreisverbände weitergeleitet.

3. Spendeneingang

Auf den Konten der Bundespartei sind auf Grund der Coupon-Aktion Spenden in Höhe von insgesamt DM 196 205,55 eingegangen. Selbstverständlich sind die Anschriften aller Coupon-Einsender archiviert worden, um sie gegebenenfalls als Kontaktadressen für weitere Aktionen verwenden zu können.

Plakatierung

Von der Bundespartei wurden in der Zeit des Hauptwahlkampfes zwei Dekaden auf Großflächen, Ganzstellen und Allgeminstellen belegt, und zwar vom 27. 10. bis zum 19. 11. 1972. Von den 80 254 Großflächen in der Bundesrepublik ohne Bayern und Berlin belegte die CDU 58,4 %, von den 8 104 Ganzstellen 65,2 %. Die 57 324 Allgeminstellen wurden von der Bundespartei zu 100 % mit Doppel-DIN A 0-Plakaten belegt.

Auf den Großflächen wurde das Plakat mit vier überregional bekannten Mitgliedern der Kernmannschaft sowie dem offiziellen Slogan „Wir bauen den Fortschritt auf Stabilität“ geklebt. Dieses Plakat fand auch in Bayern Verwendung. Die Auflage für die Bundesplakatierung auf Großflächen einschließlich der Bestellung der Kreisverbände lag bei insgesamt 126 000.

Auf den Ganz- und Allgeminstellen wurden in den Bundesländern die Mitglieder der Führungsmannschaft auf Grund eines Regionalisierungskonzeptes in ausgewogener prozentualer Verteilung plakatiert.

Zur Unterstützung dieses Regionalisierungskonzeptes, das der Propagierung der Führungsmannschaft der CDU diente, wurden die Plakate der Politiker, die in dem jeweiligen Bundesland zentral geklebt wurden, kostenlos an die Kreisverbände für die eigene zusätzliche Plakatierung abgegeben. Die Gesamtauflage dieser Plakate belief sich auf 1 425 000.

Zur Unterstützung des Mannschaftsgedankens wurde für die Mitglieder der Führungsmannschaft ein Rednerankündigungsplakat mit Vierfarb-Porträt angeboten. In den Größen DIN A 0 und DIN A 1 wurde eine Gesamtauflage von ca. 492 000 Stück ausgeliefert.

Die Bundesgeschäftsstelle hatte es übernommen, den Eindruck der Veranstaltungen für die Kreisverbände in kürzester Frist zu besorgen. Dieses Dienstleistungsangebot hat dann nicht so funktioniert, wie wir uns das vorgestellt hatten, da zum einen die Druckerei überfordert war, zum anderen die Beförderung durch die Post bzw. Bahn zu lange dauerte. Eine Dezentralisierung in diesem Bereich ist für künftige Wahlkämpfe sicher der bessere Weg.

Für sonstige Veranstaltungen wurde ein Rahmeneindruckplakat in vier Größen angeboten, das eine Gesamtauflage von 215 000 Stück erreichte.

Noch niemals zuvor wurden so viele Plakate zerstört wie in diesem Wahlkampf. Um den Kreisverbänden ein Überkleben der zerstörten Plakate zu ermöglichen, wurde kurzfristig ein kostenloses Plakat mit dem Motto „Endlich wieder stabile Preise“ zur Verfügung gestellt. Die Kreisverbände bestellten hiervon insgesamt 120 000 Stück.

Für den Selbsteindruck des Kandidatenfotos bot die Bundesgeschäftsstelle den Kreisverbänden ein Kandidatenrahmenplakat in drei Größen an. Hier betrug die bestellte Gesamtauflage 550 000.

Für Jungwähler wurden von der Bundespartei zwei Poster herausgegeben, die ein gutes Echo gefunden haben.

Die Motive:

„black is beautiful“	51 000 Stück
„Machen Sie es wie die Preise, laufen Sie der SPD davon“	70 000 Stück

Fernsehen, Hörfunk, Film

Nach Absprache der politischen Parteien stand Koalition und Opposition im Fernsehen jeweils die gleiche Anzahl an Sendungen (14 Sendezeiten von jeweils 2½ Minuten) zur Verfügung, was für die CDU eine Verbesserung um eine Sendung bedeutete. Insgesamt standen der Union 14 Sendezeiten von jeweils 2½ Minuten zur Verfügung, davon der CDU 9, der CSU 5 Sendungen. Die Spots der Parteien wurden jeweils im Anschluß an die Sendungen „Tagesschau“ bzw. „Heute“ gesendet. Von den 9 Sendungen der CDU wurden 5 vom Parteivorsitzenden Dr. Barzel bestritten, davon zeigten 3 Ausschnitte aus Diskussionen mit Studenten, Arbeitern und Hausfrauen. In den vier anderen Sendungen vertraten die Präsidiumsmitglieder Dr. Schröder, Prof. Erhard, Dr. Stoltenberg und Katzer die Partei. In vier Sendungen wurde durch einen geschlossenen „Mannschaftstake“, der mit Musik unterlegt war, die Regierungsmannschaft der CDU gezeigt.

Wie die Fernsehspots wurden auch die Hörfunksendungen von Peter von Zahn und Werner Knoop gestaltet. Durch die unterschiedliche Senderstruktur liefen sie zu verschiedenen Zeiten und auch in verschiedener Häufigkeit. Im allgemeinen konnten etwa die gleichen Sendezeiten wie bei den letzten Wahlen erzielt werden.

Für die Filmwerbung lagen entsprechende Konzeptionen vor, die gründlich beraten wurden. Die Notwendigkeit, sich im Rahmen des Wahlkampfetats zu halten, führte jedoch zu einem Verzicht auf Werbung in den Filmtheatern.

Schlußaktionen

Im Laufe des Wahlkampfes wurde immer deutlicher, daß die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme teilweise unbekannt war. Hinzu kam eine gezielte Zweitstimmen-Werbung der FDP, die sich diese Unkenntnis zunutze zu machen versuchte.

Um dieser Kampagne entgegenzuwirken, wurden von der Bundespartei folgende Werbemittel eingesetzt:

1. Der bis dahin verwendete Coupon in den Tageszeitungsanzeigen wurde in der letzten Woche durch einen Informationskasten ersetzt, der unter der Überschrift „So wählen Sie richtig“ auf die Wichtigkeit insbesondere der Zweitstimme hinwies.
2. An die Kreisverbände wurden Informationsplakate mit der Überschrift „So wählen Sie richtig“ geliefert. Die Gesamtauflage dieser Plakate belief sich auf 28 500.
3. Für die letzte Wahlkampfwoche verschickte die Bundesgeschäftsstelle einen Wahlkalender mit gezielter Aufklärung über Erst- und Zweitstimmenabgabe an die Kreisverbände. Die Auflage betrug 900 000.

Für die abschließende Mobilisierung der Wähler wurden als Medien Plakate, Türanhänger und Tageszeitungsanzeigen eingesetzt. Die Plakate wurden bis zum 5. November, die Türanhänger am 13. und 14. November an die Kreisverbände geliefert. Das Plakat mit dem Titel „Unsere Zukunft steht auf dem Spiel“ erreichte eine Auflage von 285 000 Stück. Am Freitag und Sonnabend vor dem Wahltag erschienen zwei Tageszeitungsanzeigen. Am Freitag (17. 11.) die Anzeige „Ihre Zukunft steht auf dem Spiel“, am Sonnabend (18. 11.) der Wahlauf Ruf des Präsidiums der CDU.

Für den Wahltag selbst sind Türanhänger produziert und in einer Auflage von 2 100 000 an die Kreisgeschäftsstellen verschickt worden.

Prospekte und Argumentationskarten

Neben den bereits erwähnten Prospekten zum Regierungsprogramm wurde von der Bundesgeschäftsstelle folgendes weitere Informationsmaterial fertiggestellt:

1. Ein Prospekt über den Parteivorsitzenden mit dem Titel „16 Seiten Rainer Barzel“, der Bilder aus dem politischen Wirken und dem Privatleben des Parteivorsitzenden zeigte, wurde in einer Auflage von 950 000 Stück zum Versand gebracht.

2. Eine besondere Zielgruppe bildeten für die CDU die 10 Millionen Rentner, nachdem es der Bundestagsfraktion gelungen war, das Rentenprogramm der CDU/CSU im Deutschen Bundestag durchzubringen. Neben der ersten Startaktion unter dem Titel „Millionen Rentner können aufatmen“ wurde zum Tag der Rentennachzahlung, der bezeichnenderweise in die letzte Wahlkampfwoche fiel, besonderes Argumentationsmaterial produziert. Neben einer Rentenbrochure erstellte die Bundespartei ein Rentenflugblatt, das eine Auflage von 4,5 Millionen erreichte, sowie einen weiteren Faltprospekt mit einer Gesamtauflage von ca. 50 000.

3. In einem Faltprospekt „SPD-Politik gescheitert“ wurde auf das Versagen der SPD hingewiesen. Dieser Prospekt erreichte die hohe Gesamtauflage von 3 200 000 Stück.

4. Anstelle längerer Rednerdienste für die verschiedenen politischen Bereiche gab die Bundesgeschäftsstelle diesmal Argumentationskarten heraus, die in kurz gefaßten Sätzen unsere Thesen zu den wichtigsten politischen Problemen darstellten und als Argumentationshilfe für Wahlkampfredner gedacht waren. Anfangs war lediglich vorgesehen, diese Argumentationskarten als kurz gefaßten Rednerdienst den Wahlkampfrednern zur Verfügung zu stellen. Das Interesse in den Kreisverbänden war jedoch so groß, daß eine Änderung vorgenommen wurde und die Kreisverbände die Argumentationskarten in gewünschter Auflagenhöhe bestellen konnten. So wurde schließlich eine Gesamtauflage von 240 000 Sätzen erreicht.

Produktion und Versand der Werbematerialien

Die verkürzte Wahlkampfzeit machte sich insbesondere bei Produktion und Versand der Werbemittel außerordentlich erschwerend bemerkbar. Im Wahlkampf 1972 mußten diese Aufgaben nach Auflösung des Bundestages in sieben Wochen abgewickelt werden. In dieser Zeit, die nur etwa halb so lang war wie im Wahlkampf 1969, wurde mehr als das Doppelte an Werbemitteln mit einer fast zwanzigfachen Motivvielfalt im Vergleich zu 1969 produziert und versandt. Hinzu muß noch das zentrale Kleinwerbemittelangebot gerechnet werden, das es in dieser Form vorher nicht gegeben hat.

Bei der Produktion der Plakate ergaben sich Schwierigkeiten bei den Druckereien, die zu einem Teil die zugesagten Termine nicht einhalten konnten. Eine angesehene Druckerei ging nach Auftragsannahme in Konkurs. Da die Bundesgeschäftsstelle 30 Druckereien im gesamten Bundesgebiet für sich arbeiten ließ, war die Schaffung von Ersatzkapazitäten nur sehr schwer zu ermöglichen.

Besondere Schwierigkeiten gab es im Bereich der Kleinwerbmittel. Bei einer Reihe dieser Artikel waren auf Grund der hohen Bestellungen die vorhandenen Produktionskapazitäten überlastet. Da zudem in der Vorphase des Weihnachtsgeschäftes die Nachproduktion dieser Materialien während der gesamten Zeit nur schleppend vor sich ging, war der Auslieferungsablauf auf diesem Gebiet bis zuletzt nur teilweise befriedigend. Insgesamt wurden 1972 trotz der wesentlich kürzeren Wahlvorbereitungszeit fast doppelt so viele Flugblätter und Broschüren und weit mehr als doppelt so viele Plakate wie im vorangegangenen Bundestagswahlkampf ausgeliefert.

Der Versand der Werbematerialien erwies sich aus verschiedenen Gründen als außerordentlich schwierig. Die Union-Betriebs-GmbH. hatte in Oberhausen ein Versandzentrum eingerichtet, das anfänglich nur für die Abwicklung des Materialangebotes aus dem Aktionspaket vorgesehen war. Es erwies sich jedoch bald als der bessere Weg, über dieses Versandzentrum auch die anderen Werbemittel auszuliefern und möglichst viele Materialien dort zu konzentrieren. Viele Kreisverbände richteten von vornherein alle ihre Bestellungen (also auch die, die an sich bei anderen Adressen bestellt werden sollten) nach Oberhausen. Damit wurde der vorgesehene Rahmen für das Versandzentrum weit überschritten.

Anfang Oktober wurde daher das Versandzentrum erheblich erweitert und mit Fachpersonal verstärkt. Die wichtigste Umstellung erfolgte Mitte Oktober durch eine Umpolung des Versandes von Bahn und Post auf Direktspedition mit Hilfe einer leistungsfähigen Spedition. Da per Bahn oder Post Laufzeiten von mehr als einer Woche durchaus üblich waren und selbst Express-Sendungen nachweislich bis zu sechs Tagen unterwegs waren, erwies sich diese Umstellung als unabdingbar. Die Schaffung eines telefonischen Bestellannahmedienstes und eines Direktabhol-Services bildeten weitere Maßnahmen, um das Werbematerial so schnell wie möglich an die Empfänger zu liefern. Soweit nicht Stockungen bei der Produktion eine verzögerte Auslieferung zur Folge hatten, konnten bis Mitte Oktober die größten Schwierigkeiten überwunden werden.

Zieht man für den Bereich Produktion und Versand eine Bilanz, so kann trotz der nicht zu leugnenden ernststen Schwierigkeiten festgestellt werden, daß in diesem verkürzten Wahlkampf die Basis der Partei mit mehr Material versorgt wurde als in jedem anderen Wahlkampf zuvor. Dennoch bildeten Produktion und Versand in diesem Wahlkampf die Achillesferse. Auch durch ein Höchstmaß an Improvisation und Flexibilität konnten nicht alle Schwierigkeiten überwunden werden. Die Bundesgeschäftsstelle hat nach sorgfältiger Auswertung der Erfahrungen aus dem Wahlkampf 1972 eine Umstrukturierung ihres Versandwesens vorgenommen, die als August 1973 wirksam werden wird (s. Bericht Abt. Öffentlichkeitsarbeit).

Jungwählertournee

Im Verlauf des Wahlkampfes wurden insgesamt 48 Jungwählerveranstaltungen mit Dieter „Thomas“ Heck und seiner Hit-Parade durchgeführt. Dabei konnten bei weitem nicht alle Veranstaltungswünsche von Kreisverbänden berücksichtigt werden.

In den Veranstaltungen stellten sich die örtlichen Kandidaten und Spitzenpolitiker vor, in vielen Fällen wurden die Besucher zur politischen Diskussion nach den Veranstaltungen eingeladen.

Insgesamt haben mehr als 100 000 Besucher an diesen Veranstaltungen teilgenommen. Das Echo in Fernsehen, Hörfunk und Presse war auch überregional bedeutend.

Bundesrednereinsatz

Für eine Partei, die den Wahlkampf aus der Opposition führen muß, ist eine umfassende Darstellung ihrer Politik durch prominente Politiker auf Veranstaltungen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung.

Die Bundesgeschäftsstelle hatte den Rednereinsatz des Parteivorsitzenden sowie weiterer 54 Bundesredner zu organisieren und zu koordinieren. Dies ist eine Aufgabe, die sich bisher in allen Bundestagswahlkämpfen als besonders schwierig herausgestellt hat. Die Bundesgeschäftsstelle versuchte von Anfang an, einen regional ausgewogenen und nach Schwerpunkten gesteuerten Rednereinsatz zu verwirklichen.

Die auf diesen Prämissen beruhende Planung der Abteilung Organisation konnte leider nicht voll verwirklicht werden; der tatsächliche Einsatz wich letztlich nicht unerheblich von der ursprünglichen Planung ab.

Hierfür sind eine ganze Reihe objektiver und subjektiver Gründe verantwortlich. Hierzu zählen u. a. eine Vielzahl von Sonderwünschen sowohl der Bundesredner als auch von Landes- und Kreisverbänden, verspätete Bereitstellung von Rednerterminen, mangelnde Abstimmung zwischen Bundes- und Landesrednereinsatz, Krankheiten von Bundesrednern. Dies sind nur einige Beispiele aus der Fülle der Einzelprobleme, die sich bei Wahlkämpfen dieses Ausmaßes wohl niemals völlig ausschalten lassen. Ein hohes Maß an Bereitschaft auf allen Seiten, sich objektiven Kriterien bei der Zuteilung von Terminen zu beugen, ist die unerläßliche Vorbedingung für einen verbesserten Bundesrednereinsatz bei kommenden Bundestagswahlen.

Zur Sicherung der Bundesrednereinsätze bildete die Bundesgeschäftsstelle eine zentrale Gruppe von Sonderordnern, bestehend aus beurlaubten Polizeibeamten aus Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Westfalen, Niedersachsen und Hamburg sowie Mitgliedern der Jungen Union Berlin. Darüber hinaus wurden neun Gruppen à zwei Mann eingesetzt, die bei Spitzenrednern die Organisation der Veranstaltungen überprüften und überall dort, wo es sich als notwendig erwies, helfend eingriffen. Weiterhin hatte die Bundesgeschäftsstelle eine Fahrbereitschaft mit Mietwagen und 23 auf Zeit beschäftigten Fahrern organisiert, um eine möglichst reibungslose Abwicklung des Bundesrednereinsatzes zu ermöglichen.

Pressearbeit

Die von der Bundesgeschäftsstelle erstellten Publikationen wurden selbstverständlich ganz in den Dienst des Wahlkampfes gestellt.

Im „Deutschland-Union-Dienst“ (DUD) fanden die Mitglieder der Führungsmannschaft verstärkt die Möglichkeit, sich zu aktuellen politischen Fragen ihres Arbeitsbereichs zu äußern. Darüber hinaus wurde der Nachrichtenteil des DUD erweitert.

Vom Beginn des Wahlkampfes an wurde der Bezieherkreis unseres wöchentlich erscheinenden Dienstes „Union in Deutschland“ (UiD) von bisher 12 000 auf einen Bezieherkreis von 35 000 erweitert. Dadurch war es möglich, alle Funktionsträger der Partei über diesen Dienst zu erreichen und so den Kontakt zwischen Parteiführung und Basis zu verstärken.

Das „Deutsche Monatsblatt“ diente insbesondere zur Unterrichtung der Parteimitglieder über den Wiesbadener Parteitag. Es bildete damit eine breite Informationsquelle über unsere Wahlkampföffnung.

Die „Monatsblatt-Illustrierte“, die zum Parteitag herauskam, hat eine hervorragende Resonanz gefunden.

Die beiden halbformatigen Ausgaben des „Monatsblatt-extra“ wurden in einer Auflage von insgesamt 3 Millionen gedruckt und über die Partei vertrieben. Sie erwiesen sich als sehr gut verwendbares Werbematerial im Wahlkampf.

In der heißen Phase des Wahlkampfes fanden im Konrad-Adenauer-Haus täglich Pressekonferenzen zu unterschiedlichen Sachthemen statt, die vorzugsweise von Mitgliedern der Führungsmannschaft bestritten wurden. Diese Konferenzen waren zumeist sehr gut besucht und erwiesen sich als ein gutes Mittel für die Opposition, zu Wort zu kommen. Darüber hinaus empfing der Generalsekretär mehrmals in der Woche Journalisten zu Informationsgesprächen.

Wahlkampf-Informationen

Wie im Wahlkampf 1969 erstellte die Bundesgeschäftsstelle auch diesmal einen Wahlkampf-Informationsdienst. Der täglich erscheinende Dienst hatte eine Auflage von rund 5 000 und erreichte damit die Wahlkampfleiter und den größten Teil der wichtigsten Helfer in den Kreisverbänden. Insgesamt erschienen 41 Ausgaben.

Mit dem festgelegten Bezieherkreis, der Form und der Erscheinungsweise konnte schon vor Auflösung des 6. Deutschen Bundestages eine enge Verbindung zu den Kreisverbänden geschaffen werden. Da der von der Abteilung Information eingerichtete Telefondienst, der täglich von 7 bis 22 Uhr (in der Endphase bis 24 Uhr) besetzt war, stark genutzt wurde, konnten wichtige Informationen von der Basis zur Wahlkampfführung und in umgekehrter Richtung ausgetauscht werden. Im Durchschnitt nutzten 50 Personen täglich diese Möglichkeit, an einigen Tagen waren es bis zu 70 Anrufe.

Die Verbreitung des Wahlkampf-Informationsdienstes erweiterte sich im Verlauf des Wahlkampfes immer mehr, da viele Kreisverbände auf den Rat der Bundesgeschäftsstelle hin dazu übergingen, von sich aus eine weitere Vervielfältigung vorzunehmen. Am Ende des Wahlkampfes dürfte die Verbreitung des Dienstes bei etwa 20 000 gelegen haben. Die Bundesgeschäftsstelle konnte von sich

aus den Bezieherkreis nicht erweitern, da eine höhere Auflage die rechtzeitige tägliche Versendung der Wahlkampf-Informationen verhindert hätte.

Beim Austausch von Informationen war eine gute Zusammenarbeit mit der CSU zu verzeichnen. Die CSU übernahm für ihren Wahlkampf dienst „Telegramm“, der zwei- bis dreimal in der Woche erschien, eine ganze Reihe von Beiträgen, die in den „Wahlkampf-Informationen“ der CDU erschienen waren.

Zusammenarbeit Bundesgeschäftsstelle/Bundestagsfraktion

Während des Wahlkampfes ist es zu einer intensiven Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Mitarbeitern der Fraktion gekommen. Dies verdeutlichte sich insbesondere in der Zusammenarbeit in den von der Bundesgeschäftsstelle eingerichteten sechs Sachstäben, die während der Dauer des Wahlkampfes zur Beratung der Wahlkampfführung und zur Erarbeitung von Materialien zu politischen Sachfragen eingerichtet worden sind. Die Sachstäbe behandelten folgende Bereiche:

Sachstab I	Ideologische Auseinandersetzung
Sachstab II	Außen-Deutschland-Europa-Verteidigung
Sachstab III	Wirtschaft-Finanz-Steuer-Verkehr
Sachstab IV	Gesellschaft-Sozialpolitik
Sachstab V	Innenpolitik-Recht
Sachstab VI	Umweltschutz-Raumordnung

Diese gemeinsamen Sachstäbe von Bundesgeschäftsstelle und Fraktion waren erstmalig in dieser Form in einem Wahlkampf zusammengerufen worden. Ihre Arbeit hat sich als insgesamt nützlich erwiesen.

Die Arbeit der Abteilung Politik konzentrierte sich in den ersten Wochen des Berichtszeitraumes auf die Erarbeitung von Stellungnahmen und die Bereitstellung von Materialien für die zentrale Wahlkampfleitung. Die von der Wahlkampfleitung gesetzten politischen Schwerpunkte wurden von der Abteilung Politik inhaltlich ausgefüllt.

Nach dem Wahlkampf lag der Schwerpunkt der Arbeit neben der fachlichen Vorbereitung von Präsidiumssitzungen und Präsidiumsgesprächen sowie der Geschäftsführung der Bundesfachausschüsse in der Ausarbeitung von Broschüren in der Reihe „Argumente – Dokumente – Materialien“.

Bundesfachausschüsse

Elf Sitzungen des
Bundeskulturausschusses
(Konstituierung 26. 10. 1971;
Vorsitzender Minister Dr. Bernhard Vogel)

dienten der Beratung folgender Themen:

- Bund-Länder-Kommission für den Bildungsgesamtplan (insbes.: „Zwischenbericht“, „Vorschläge für die Durchführung vordringlicher Maßnahmen“, Finanzierung)
- Bildungsziele und Bildungsinhalte
- Hochschulrahmengesetz
- Bildungspolitisches Schwerpunktprogramm für den Bundestagswahlkampf
- Bildungsfinanzierung/Haushalt 72 und 73
- Lehrerbildung
- Berufliche Bildung
- Verkürzung der Schulzeit
- Weiterbildung
- Fernstudium im Medienverbund
- Ausbildungsförderung
- Probleme des Theaters
- Technologiepolitik
- Aktuellen Fragen der Kulturpolitik in den Ländern.

Der Beirat für Hochschul- und Forschungspolitik des BKA

befaßte sich in 3 Ausschuß- und 7 Unterausschußsitzungen seit seiner Konstituierung am 26. 10. 1972 mit folgenden Fragen:

- Hochschulrahmengesetz
- Personalstruktur der Hochschulen
- Hochschulforschung
- Großforschung und Technologie
- Soziale Sicherung der Studenten
- Ordnungsrecht
- Niedersächsisches Hochschulgesetz

Hochschulbeauftragte der CDU-Kreisverbände

Um die Zusammenarbeit der Kreisverbände mit den Hochschulen und die hochschulpolitische Arbeit der Gesamtpartei zu intensivieren, regte der Vorsitzende der CDU, Dr. Rainer Barzel, in einem Brief an die Kreisverbände der CDU vom 6. Juni 1972 die Benennung von Hochschulbeauftragten der Kreisverbände an. Im einzelnen wurden die Kreisverbände gebeten, diesen Hochschulbeauftragten den informellen Kontakt mit den Einrichtungen der im jeweiligen Kreis-

verband gelegenen Hochschule zu übertragen. Darüber hinaus sollen sie die Zusammenarbeit mit den der CDU angehörigen Hochschulmitgliedern und insbesondere dem RCDS pflegen und deren Engagement in der Hochschule unterstützen.

Inzwischen haben 30 Kreisverbände, in deren Einzugsbereich Hochschulen liegen, Hochschulbeauftragte benannt und gegenüber der Bundesgeschäftsstelle namhaft gemacht. Am 30. 4. 1973 fand unter der Leitung des Vorsitzenden des Bundeskulturausschusses eine Zusammenkunft der Hochschulbeauftragten statt, die einem gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch diente. Auf Wunsch aller Beteiligten wurde eine zweite derartige Veranstaltung bereits für den 27. 6. 1973 vorgesehen.

Theaterpolitischer Gesprächskreis

Am 19. September 1972 und am 20. März 1973 fanden auf Einladung des Vorsitzenden des Bundeskulturausschusses theaterpolitische Gespräche statt, zu denen der Vorsitzende des Bundeskulturausschusses Schauspieler, Intendanten und für den Theaterbereich verantwortliche Kommunalpolitiker eingeladen hatte. Nach dem erfolgreichen Verlauf dieser Veranstaltungen ist geplant, diesem Gesprächskreis in Form eines musik- und theaterpolitischen Beirates beim Bundeskulturausschuß eine feste organisatorische Gestalt zu geben.

Der **Bundesausschuß für Agrarpolitik** (Vorsitzender Gustav Niermann MdL) trat zu einer ganztägigen Sitzung und zu mehreren Arbeitskreis-Sitzungen zusammen.

Beratungsschwerpunkte waren:

- Erarbeitung einer Konzeption zur besseren Regulierung der preispolitischen Maßnahmen auf dem Agrarmarkt;
- Probleme der Einkommensübertragungen in der Landwirtschaft;
- Erarbeitung nationaler Förderungsmaßnahmen, um im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben zwischen EG, Bund und Ländern eine sinnvolle Abstimmung zu erzielen;
- Vorbereitung einer gemeinsamen Sitzung der agrarpolitischen Gremien der CDU und CSU zur Abstimmung der agrarpolitischen Aussagen der Unions-Parteien;
- Stellungnahme zu mittel- und langfristigen agrarpolitischen Sachproblemen.

Der **Bundesausschuß für Strukturpolitik** (Vorsitzender Dr. Horst Waffenschmidt MdB) tagte zweimal. Darüber hinaus hielten die Unterausschüsse (Ballungsräume, Umweltfragen, Verwaltungsreform, Regionalpolitik, Städtebau und Wohnungswesen) zwei Sitzungen ab.

Schwerpunktthemen waren:

- Probleme des Bodenrechts;
- Regionalpolitik als Teil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik;
- Weiterentwicklung einer modernen Konzeption für den Städte- und Wohnungsbau;
- Vorbereitung einer Broschüre, die die Arbeitsergebnisse des Bundesausschusses für Strukturpolitik zusammenfaßt.

Der **Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik** (Vorsitzender Minister Dr. Manfred Schäfer) tagte siebenmal.

Die Schwerpunktthemen waren:

- Erarbeitung eines Konjunkturprogramms zur Wiederherstellung der Geldwertstabilität;
- Fragen der Neugestaltung der Währungsordnung;
- Erarbeitung einer Stellungnahme zum Konjunkturprogramm der Bundesregierung;
- Steuerreform;

Zur Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Programmatik der CDU hat der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik 11 ad-hoc-Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft und ihrer Wirtschaftspolitik beschäftigen.

Die **Parlamentariergruppe der CDU/CSU für Umweltfragen** (Vorsitzender Dr. Benno Weimann MdL) tagte viermal und behandelte dabei folgende Themen:

- Probleme der Umweltpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit des Sachverständigenrates für Umweltfragen;
- Luftverunreinigung und Abfallbeseitigung;
- Landschaftspflege und Naturschutz in ländlichen Räumen;
- alle in den Parlamenten des Bundes und der Länder aufgetretenen Fragen.

Die Außenpolitische Kommission

(Vorsitzender: Walther Leisler Kiep MdB)

Die Außenpolitische Kommission trat seit dem Bundesparteitag in Wiesbaden zu drei Plenumssitzungen zusammen. Sie hat in zahlreichen Unterkommissionen politische Papiere zur außenpolitischen Entscheidung der Union erarbeitet.

Am 1. und 2. Mai führte die Außenpolitische Kommission in Bonn eine Klausurtagung durch, in der die Grundlagen der Außenpolitik der CDU nach der Entscheidung über den Grundvertrag und UNO-Beitritt beraten wurden.

Aufgrund der Ergebnisse der Klausurtagung arbeiten die Unterkommissionen

- Westpolitik
- Ost- und Deutschlandpolitik (KSZE/MBFR)
- Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland
- Europa

an weiteren Vorlagen für das Präsidium der Partei.

Kommission Bodenrecht

(Vorsitzender: Dr. Rüdiger Göb)

Die Kommission wurde am 16. 3. 1973 konstituiert und tagte fünfmal.

Bei der letzten Sitzung am 14. 5. wurden als Vorlage für den Bundesvorstand „Vorschläge für ein soziales Baubodenrecht“ erarbeitet.

Kommission Soziale Dienste

(Vorsitzender: Ministerialrat Werner Steinjan)

Die Kommission wurde am 8. Juni 1973 konstituiert.

Kommission Jugend

(Vorsitzender: Dietrich Rollmann MdB)

Die Kommission konstituierte sich am 16. Mai 1973

Kommission Frauen

(Vorsitzende: Frau Dr. Helga Wex MdB)

Die Kommission wurde am 28. Mai 1973 konstituiert.

Bundesarbeitskreis Polizei

(Vorsitzender: Karl-Heinz Schmitz MdA)

Zwei Vorstandssitzungen wurden im Berichtszeitraum durchgeführt.

Behandelte Themen:

- Aufbau von Landespolizeiarbeitskreisen auf Mitgliederbasis
- Verwirklichung des Sicherheitskonzeptes der Innenminister
- Bundesgrenzschutz

Bundesfachausschuß Sport

(Vorsitzender: Dr. Hans Evers MdB)

Der Bundesfachausschuß wurde am 21. 2. 1973 konstituiert und tagte einmal.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Sport der Bundestagsfraktion wurde der Bundessportplan der CDU/CSU überarbeitet und Ende Mai neu im Bundestag eingebracht. Zur Bearbeitung von Spezialfragen innerhalb der Sportpolitik wurden folgende Arbeitskreise neu eingesetzt:

- **Vereins- und Freizeitsport** (Vorsitzender: Peter Axt)
Der Arbeitskreis tagte einmal und befaßte sich mit dem vom Deutschen Sportbund vorgelegten Entwurf zum „Sportplan 80“.
- **Schulsport** (Vorsitzender: Horst Singer)

Der Arbeitskreis Leistungssport

(Vorsitzender: Olaf Lawrenz)

tagte einmal und befaßte sich mit:

- aktuellen Problemen des Leistungssports
- Sportförderung in Rheinland-Pfalz (Gespräch mit dem für Sport zuständigen Minister)

Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

(Vorsitzender: Prof. Dr. Fritz Beske)

Der Ausschuß tagte bisher viermal und beschäftigte sich mit:

- Bundespflegesatzverordnung
- Rettungswesen
- Erstellung eines „Gesundheitspolitischen Langzeitprogramms“

Bundesausschuß für Sozialpolitik

(Vorsitzender: Präsident Josef Stingl)

Der Ausschuß tagte bisher zweimal und beschäftigte sich mit den Themen:

- berufliche Bildung
- Familienlastenausgleich

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

(Vorsitzender: Friedrich Vogel MdB)

führte 1 Mitgliederversammlung (in Verbindung mit dem Ausschuß für „Recht und Verfassung“ der CDU Niedersachsen), 2 Vorstandssitzungen, 2 Tagungen verschiedener Gremien, 3 Pressekonferenzen und 1 Vorstandsgespräch mit dem Deutschen Richterbund durch.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

- Verabschiedung des Justizpolitischen Programms der CDU
- Reform des Ehescheidungsrechts,
- 4. Gesetz zur Reform des Strafrechts (u. a. Kuppelei, Pornographie),
- 5. Gesetz zur Reform des Strafrechts (wirksamerer Schutz des ungeborenen Lebens),
- Strafvollzugsgesetz,
- Verbraucherschutz,
- Justizreform (u. a. zunächst Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte),

Frauenreferat

Vorbemerkung

Da die Frauenreferentin der Bundesgeschäftsstelle gleichzeitig Geschäftsführerin der Bundesfrauenvereinigung der CDU ist, heißt das praktisch, daß die Arbeit des Frauenreferates kaum von der Arbeit der Frauenvereinigung zu trennen ist. Letztere hat einen erheblichen Anteil an der Gesamtarbeit. Hinzu kommen die Aufgaben aus der Geschäftsführung der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union (EFU), die sich aus der Frauenvereinigung der CDU und der Frauen-Union der CSU zusammensetzt, sowie die Führung des Generalsekretariats der EFU. Weiter werden im Frauenreferat die Berufsfahrten der Frauenvereinigung abgewickelt.

8. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung der CDU.

Unmittelbar nach den Wahlen begannen die umfangreichen Vorarbeiten für den 8. Bundesdelegiertentag vom 30. 3.–1. 4. 73 in Kassel. Zur Vorbereitung des Delegiertentages war eine Programmkommission eingesetzt worden, die zur Vorlage auf dem Delegiertentag ein vorläufiges Diskussionspapier zur Erarbeitung eines Grundsatzprogramms der Frauenvereinigung erstellte. Die Delegierten faßten den Beschluß, dieses Grundsatzpapier nun bis hinunter in die Kreisvereinigungen zu diskutieren und zur weiteren Arbeit eine neue Programmkommission einzusetzen, so daß auf dem nächsten Delegiertentag das Grundsatzprogramm der Frauenvereinigung verabschiedet werden kann.

Ein weiteres zentrales Thema des Delegiertentags war die Stellungnahme der Frauenvereinigung zur Reform des § 218. Die Delegierten beschlossen, daß die Reform auf der Basis einer Indikationenlösung vorgenommen werden solle, und erarbeiteten im Arbeitskreis IV, „Hilfe statt Strafe – sozialpolitische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Reform des § 218“, eine Reihe von Vorschlägen, wie Konfliktsituationen von Frauen bei Schwangerschaft vermieden werden können. Diese Unterlagen wurden der Bundespartei und der CDU/CSU-Fraktion zur Berücksichtigung bei ihrer weiteren Arbeit zugeleitet.

Der Arbeitskreis II, „Bürgernahe Politik“, befaßte sich mit der zukünftigen Arbeit der Frauenvereinigung. Dabei ging es besonders um praktische Fragen der politischen Frauenarbeit.

Die Möglichkeiten zur Verwirklichung des Prinzips „menschliche Stadt“ wurden im Arbeitskreis I erörtert;

Chancengleichheit der Frau,

- a) für die Erwerbstätige mit eigenem Verdienst,
 - b) für die Hausfrau ohne eigenes Einkommen und ohne eigenständige soziale Sicherung
- war das Thema des Arbeitskreises III „Die Frau am Arbeitsplatz“.

Vorstandssitzungen

Sitzungen des Vorstandes der Frauenvereinigung fanden am 18. 9. 72, 27. 11. 72, 21. 2. 73 und 1. 6. 1973 statt.

Während sich die beiden ersten Vorstandssitzungen der Lage vor und nach der Wahl sowie den daraus zu ziehenden Konsequenzen widmeten, diente die Vorstandssitzung vom 21. 2. 73 der Vorbereitung des Bundesdelegiertentages. Die Sitzung am 1. 6. 73 hat sich vor allem der Aufarbeitung der vom Delegiertentag gefaßten Beschlüsse sowie der weiteren Arbeit der Frauenvereinigung und der Abwicklung des Hauptausschusses am 2. 6. gewidmet.

Die Hauptausschußsitzung am 2. 6. 73 diente ebenfalls in der Hauptsache der Durchführung der Beschlüsse des 8. Delegiertentags sowie der Arbeitsplanung für das Jahr 1973.

Seminar

In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz wurde in Eichholz ein Seminar für Frauen über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Verbraucherpolitik durchgeführt. Im Mittelpunkt standen die Wirtschafts- und Verbraucherpolitik der Bundesregierung sowie grundsätzliche Fragen der Verbraucherarbeit durch die Stiftung Warentest und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher sowie die Möglichkeiten der Verbrauchererziehung durch die Medien, dargestellt an dem aktuellen Beispiel der jetzt laufenden Fernsehserie des WDR „Vom richtigen Essen – eine Ernährungslehre für jedermann“.

Ausschüsse

Das Frauenreferat hat die Geschäftsführung für den Verbraucherausschuß und den Arbeitskreis Medienerziehung der Frauenvereinigung der CDU sowie für die neu eingesetzte Kommission „Frauen“ der Partei und Fraktion unter dem Vorsitz von Dr. Helga Wex MdB.

1. Verbraucherausschuß

Die im Herbst 1972 fällige Neukonstituierung des Ausschusses wurde wegen der Bundestagswahl und wegen des Delegiertentags verschoben. Der Verbraucherausschuß wird sich im Juni neu konstituieren.

2. Medienerziehung

Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Erarbeitung des Papiers „Hinweise zum kritischen Fernsehen“, das dem Delegiertentag vorgelegt und von ihm beschlossen worden ist. Das Papier enthält Hinweise,

wie man praktische Medienerziehung durchführen kann, und soll den Kreisfrauenvereinigungen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Publikationen

„Frau und Politik“

Die Redaktion der Zeitschrift „Frau und Politik“ obliegt dem Frauenreferat. Die Aprilausgabe von „Frau und Politik“ wurde redaktionell so gestaltet, daß sie bei der Vorbereitung der Kreistagswahlen in Baden-Württemberg eingesetzt werden konnte. Zusätzlich wurden Sonderauflagen hergestellt für verschiedene Ausstellungen, so z. B. die Hauswirtschaftsmesse 73 in Frankfurt, die Kieler Wirtschaftswoche (Produkta) sowie die Wirtschaftsschau Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld-Sennestadt.

Kontaktbrief

Der Kontaktbrief dient der Weitergabe von aktuellen Informationen und notwendigen organisatorischen Hinweisen. Er wird monatlich bis an die Kreisvorsitzenden der Frauenvereinigung verschickt. Mit dem Kontaktbrief werden wichtige Ausarbeitungen und Reden weitergegeben.

Spezielle Ausarbeitungen

In Zusammenarbeit mit dem Justitiariat der Bundesgeschäftsstelle wird z. Z. an der Neuauflage der Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB gearbeitet. Weiter sind geplant: Ausarbeitungen zur Verbraucherpolitik und zum Thema Medienerziehung.

Europäische Frauen-Union

Der Hauptschwerpunkt der jetzigen Arbeit liegt in der Vorbereitung der Generalversammlung der EFU, die vom 24. bis 29.9.1973 in Oxford unter dem Thema „Unsere Verantwortung in der modernen Gesellschaft“ stattfindet.

„Argumente, Dokumente, Materialien“

Für die Schriftenreihe „Argumente, Dokumente, Materialien“ erstellte die Abteilung Politik folgende Texte:

- Materialien der außenpolitischen Kommission zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE);
- Konzept der CDU für Umweltvorsorge;
- Vergleich der Vorschläge der Parteien in der Bundesrepublik zur Reform der Bodenordnung;
- Synopse zu den verkehrspolitischen Vorstellungen der Parteien;
- Vergleich der energiepolitischen Vorstellungen der Parteien in der Bundesrepublik;
- Zum Bundeskongreß 1973 der Jungsozialisten im März in Bad Godesberg;

- Der Bundesrat – Seine Bedeutung im Regierungssystem der Bundesrepublik;
- Justizpolitisches Programm der CDU vom 13. 10. 1972;
- Berufliche Bildung – Schwerpunkt der Bildungspolitik der CDU;
- Bildungspolitik auf klaren Wegen – Bildungspolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU;
- Hochschule '72 – Die zweite Etappe des Marsches durch die Institutionen;
- Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB.

Dem Büro für Auswärtige Beziehungen, das seine Tätigkeit im Laufe des Jahres 1972 aufgenommen hat, ist die Aufgabe gestellt, die Politik der CDU gegenüber dem Ausland darzustellen und zu verdeutlichen. Daraus ergeben sich zunächst folgende Arbeitsgebiete:

- 1.1. Internationale Zusammenarbeit mit befreundeten und nahestehenden Parteien: bilateral und multilateral in den bestehenden Organisationen;
- 1.2. Herausgabe eines mehrsprachigen Informationsdienstes;
- 1.3. Verbindungen zum Zwecke der Unterrichtung zu:
 - a) den ausländischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland,
 - b) den deutschen auswärtigen Vertretungen,
 - c) interessierten oder zu interessierenden ausländischen Einzelpersonen, Organisationen und Instituten;
- 1.4. Vorbereitung der Reisen von CDU-Politikern in das Ausland;
- 1.5. Verbindungen zu CDU-Mitgliedern im Ausland, ihren Gruppierungen sowie der Schaffung von Freundes- und Arbeitskreisen;
- 1.6. Unterrichtung ausländischer Besucher in der Bundesrepublik Deutschland, Herstellung von Kontakten zu Partei und Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen.

2. Im Berichtszeitraum wurden dazu folgende Arbeiten geleistet:

2.1. Die CDU ist Mitglied in der „Europäischen Christlich-Demokratischen Union“. Der Leiter des Büros ist in ihr für die CDU für internationale Beziehungen verantwortlich. Er ist Mitglied des Politischen Bureaus der ECDU, zugleich der Ost-West-Kommission, die auf deutsche Anregung geschaffen wurde, um gemeinsame Stellungnahmen zu anstehenden Problemen auszuarbeiten und sich gegenseitig über die von den Parteien verfolgte Politik zu unterrichten.

Das Büro ist beteiligt an der Durchführung des Regionalkongresses der ECDU in München vom 28.–30. Juni 1973 und des Europa-Kongresses vom 8.–10. November 1973 in Bonn.

Die CDU nimmt an den Arbeiten der Inter-Party Konferenz teil, ein Zusammenschluß christlich-demokratischer und konservativer Parteien Europas. Der Leiter des Büros vertritt in dieser Organisation die Fragen der Beziehungen zu den angeschlossenen Parteien.

Mit den Vereinigungen, die in internationalen Organisationen vertreten sind (Junge Union, RCDS, Frauenvereinigung), bestehen enge Verbindungen, die eine ständige gegenseitige Unterrichtung gewährleisten.

Den bilateralen Begegnungen und dem Gedankenaustausch mit uns befreundeten ausländischen Parteien kommt wachsende Bedeutung zu, um die Politik der der CDU im Ausland zu verdeutlichen.

Arbeitstreffen fanden statt mit den Vertretern der Britischen Konservativen Partei und der Holländischen Christlich-Demokratischen Equipe. Mit Vertretern der „Reformateurs“ (ehemalige M.R.P.) wurde die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit erörtert.

2.2. Ein mehrsprachiger Informationsdienst, der sich vor allem an die befreundeten ausländischen Parteien sowie an wichtige Kontaktstellen und Personen im Ausland richten soll, wird vorbereitet.

2.3. Die ausländischen Botschaften wenden sich zunehmend an das Büro für Auswärtige Beziehungen, um sich in persönlichen Gesprä-

chen ein genaueres Bild über die Politik und die Persönlichkeiten der CDU zu verschaffen. Sie werden mit fremdsprachigem Informationsmaterial versorgt; so wurden die wichtigsten Parteitagsreden, die in Wiesbaden gehalten wurden, in die englische und französische Sprache übersetzt und nicht nur den hiesigen Botschaften, sondern auch den deutschen Vertretungen im Ausland sowie allen ausländischen befreundeten Parteien zur Verfügung gestellt. Auch wurden mehrfach an den gleichen Empfängerkreis geeignete Artikel oder Informationsmaterial zu wichtigen Fragen verschickt, so zum Grundvertrag und zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

2.4. Das Büro für Auswärtige Beziehungen ist weitgehend in die Vorbereitung der Reisen von CDU-Politikern in das Ausland eingeschaltet. Es liefert einschlägige Berichte und stellt vor allem Kontakte zu Persönlichkeiten des Auslandes und zu den deutschen auswärtigen Missionen, vornehmlich den dort tätigen CDU-Mitgliedern, her.

2.5. An internationalen Organisationen haben sich Gruppierungen von CDU-Mitgliedern gebildet. Sie werden durch Informationsmaterial, Vermittlung von Kontakten bei Besuchen im Inland sowie Unterrichtung durch das Büro betreut. Das Büro ist bemüht, weitere Freundes- und Arbeitskreise zu schaffen, die nicht nur die Anschauungen der Partei im Ausland vertreten, sondern der CDU mit ihren Erfahrungen nützen.

2.6. Die Unterrichtung ausländischer Besucher in der Bundesrepublik nimmt in wachsendem Maße die Tätigkeit des Büros in Anspruch. Sie kommen in großer Zahl, als Einzelpersonen oder Gruppen (z. B. White House Fellows, amerikanische Senatoren, Staboffiziere des Imperial Staff College aus Großbritannien, Studentengruppen unter Leitung der Professoren, vornehmlich aus den USA und den EG-Ländern).

Vielen Besuchern wurden Gespräche mit CDU-Politikern und Abgeordneten vermittelt.

In Zusammenarbeit mit der Politischen Akademie Eichholz wurde ein Programm für ausländische Wahlkampfbeobachter aufgestellt und durchgeführt. Die Mitglieder des Büros für Auswärtige Beziehungen begleiteten die Gäste zu den wichtigsten Wahlkampfveranstaltungen in der Endphase.

3.1. Mit den Korrespondenten und Vertretern der ausländischen Presse finden regelmäßig Einzel- oder Gruppengespräche statt. Letztere haben vor allem das Ziel, führenden CDU-Politikern eine Gelegenheit zu geben, die Politik der CDU darzustellen.

3.2. Zu den deutschen Gesellschaften, die sich mit internationalen Beziehungen befassen, wurden erste Kontakte aufgenommen, die bereits jetzt in mehreren Fällen zu einer Zusammenarbeit unter Vertretung von CDU-Interessen führte.

4. Mit an der Auslandsarbeit besonders interessierten Mitgliedern der Bundestagsfraktion finden unter dem Vorsitz von Herrn Vizepräsidenten von Hassel in den Tagungswochen regelmäßige Arbeitssitzungen statt, in denen Fragen der Auslandsbeziehungen der CDU erörtert werden. Eine Umfrage unter den neuen Bundestagsabgeordneten dient dem Zweck, eine Verbreiterung der personellen Basis für die Vertretung der CDU im Ausland zu ermöglichen.

Sprecher der Partei

Der Sprecher der CDU hatte – wie auch vorher – die Politik der Partei gegenüber den Medien zu vertreten, mit Pressekonferenzen, Kontaktgesprächen und Redaktionsbesuchen für eine rege Kommunikation und für gute sachliche und menschliche Beziehungen zwischen der Union und Presse, Funk und Fernsehen zu sorgen und den führenden Politikern der CDU eine publizistische Plattform bei den Medien zu verschaffen.

Im Berichtszeitraum wurden die Kontakte zu den Bonner Büros von Presse, Funk und Fernsehen intensiviert: durch Einzel- und Gruppengespräche mit Bonner Journalisten, durch Besuche in den Zentralredaktionen, durch Vorbereitung, Leitung und Nacharbeit von Pressekonferenzen mit CDU-Spitzenpolitikern und durch Erklärungen und Stellungnahmen des Sprechers zu aktuellen politischen Fragen. Jeden Montag: Journalistenstammtisch im Konrad-Adenauer-Haus. Vor der Bundestagswahl 1972: jeden Tag eine Pressekonferenz.

Zwischen dem Wiesbadener Parteitag 1972 und dem Bonner Parteitag 1973 wurden über 50 schriftliche, in den Pressehäusern verteilte Sprechererklärungen herausgegeben, etwa 40 Artikel des Sprechers im Deutschland-Union-Dienst veröffentlicht und eine Vielzahl von telefonischen oder fernschriftlichen Stellungnahmen abgegeben.

Die Presseabteilung hat nach politischen Sachbereichen spezialisierte Journalistenkarteien angelegt, die mit den von der Abteilung Politik und der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellten Fachmaterialien beliefert werden. Dieses Verfahren hat sich hervorragend bewährt. An zahlreichen Veröffentlichungen ließ sich die Auswirkung der von uns zugesandten Materialien nachweisen. Die Presseabteilung berät Mandatsträger aller Ebenen bei der Gestaltung ihrer Pressearbeit und der Projektierung neuer Publikationen. Diese Hilfestellung wurde sehr häufig in Anspruch genommen.

Die Koordination der Pressearbeit in der CDU konnte verstärkt werden. Dies geschieht durch telefonische ad-hoc-Absprachen und vor allem durch regelmäßige Treffen der Pressereferenten der CDU-Landesverbände, der CDU-Landtagsfraktionen und der CSU-Pressstellen in Generalsekretariat und Maximilianeum mit der Presseabteilung der CDU. Diese Sitzungen finden unter der Leitung des CDU-Sprechers im Abstand von zwei Monaten statt, dienen der gegenseitigen Unterrichtung und Absprache der Vorhaben.

In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung hat die Presseabteilung wichtige Schritte zur journalistischen Nachwuchsförderung unternommen.

Publikationen

1. Deutschland-Union-Dienst

Der täglich erscheinende Deutschland-Union-Dienst konnte seine Position als meistzitiertester Parteipressedienst ausbauen. Er erhielt einen breiten Nachrichtenteil.

2. Union in Deutschland

Union in Deutschland, die wöchentlich erscheinende Publikation für Funktionsträger der Partei, wurde redaktionell weiter ausgebaut. Die Funktion des UiD als Argumentationshilfe für die Basis hat sich be-

währt. Seit dem 1. 9. 1972 wird der UiD wöchentlich an 35 000 Bezieher (bis dahin: 12 000) geliefert. Zu wichtigen politischen Fragen (Beispiel: Grundvertrag) wurden – durchweg in weit höheren Auflagen – Sonderausgaben des UiD veröffentlicht. Über den UiD wurden Ende Mai 1973 auch die ersten vier Kommissionsergebnisse zur Diskussion in die Partei gegeben.

3. Deutsches Monatsblatt

Aufmachung und Themenwahl sowie die Mitarbeit einer Reihe von qualifizierten Journalisten wurde von den Lesern durch einen Anstieg der Leserbriefe honoriert. Das Deutsche Monatsblatt wurde seit Mitte 1972 als Träger für Plakate und Flugblätter im Rahmen einer großen Mitglieder-Initiative genutzt.

Die Presseabteilung hat einen Illustriertentyp des Deutschen Monatsblattes entwickelt, der dem Parteitag 1972 in einer ersten Ausgabe vorlag. Erscheinungsdatum der 2. Nummer: 10. Juni 1973. Den Auftrag des Generalsekretärs, eine generelle Umstellung des Typs Deutsches Monatsblatt auf „Magazinformat“ zu prüfen, hat die Presseabteilung erfüllt. Eine solche Umstellung kann zum Jahresbeginn 1974 erfolgen.

Hörfunk/Fernsehen

Die Kontakte des Rundfunkreferates zu Journalisten auf allen Ebenen der Rundfunkanstalten konnten ausgeweitet werden.

Der **rundfunkpolitische Arbeitskreis der CDU** wurde neu konstituiert. In zwei Unterkommissionen hat dieser Arbeitskreis im Lauf des Jahres 1972 ein Medienkonzept der Union entwickelt.

Der **sachverständige Beraterkreis der CDU für rundfunkpolitische Fragen**, dem leitende Persönlichkeiten aus allen Anstalten, die CDU-Mitglieder sind, angehören, hat unter Leitung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl wiederholt getagt und mit ausgezeichnete Beteiligung eine Fülle von aktuellen und langfristigen rundfunkpolitischen Problemen erörtert.

Die Vorarbeiten für die Herausgabe eines **rundfunkpolitischen Informationsdienstes** der CDU wurden fortgesetzt. Eine systematische Programmbeobachtung wird zur Zeit an Modellen erprobt.

Aktuelle Information

Die Information der zentralen Wahlkampfführung, die Erstellung der Wahlkampf-Informationen 1972 sowie der Sonder-Telefondienst für die Landes- und Kreisverbände standen in den Wochen des Wahlkampfes im Mittelpunkt der Arbeit der Abteilung Information/Dokumentation.

Die im Jahre 1972 durchgeführte Konzentration auf die Standard-Dienste

Presseschauen rot, blau, grün und orange,

Interne Informationen,

Wahlkampf-Dienste,

wichtige Dokumentationen

hat sich bewährt. Infolge dieser Konzentration konnte den Anforderungen nach Sonder-Presseschauen und Spezial-Informationen verstärkt nachgekommen werden.

Durch Leistungsverbesserungen in der Vervielfältigungstechnik konnten die Produktionszeiten verkürzt, die technische Qualität der Dienste verbessert und die Herstellungskosten gesenkt werden. Trotz dieser Maßnahmen ist die bei der Abteilung vorhandene technische Kapazität so ausgelastet, daß an eine Erweiterung des Bezieherkreises der Informationsdienste nicht gedacht werden kann.

Dokumentation/Archiv

Für die Dokumentation/Archiv ergab sich im Berichtszeitraum eine weitere Steigerung der Materialanforderungen, wobei die Wahlkampfwochen eine Spitzenbelastung mit sich brachten.

Als neue Dienstleistung für die Partei ist in der Dokumentation im Frühjahr 1973 mit dem Aufbau eines gesonderten Wahlwerbemittel- und Bild-Archivs begonnen worden. In diesem Archiv sollen künftig die Werbemittel aller Parteien in Bundestags- und Landtagswahlen systematisch gesammelt werden. Ein Plakat-Archiv mit rund 1 200 Originalen und rund 2 700 Dias steht bereits zur Verfügung. Das Archiv wird ferner enthalten:

Wahlprogramme

Inserate

Flugblätter

Broschüren

Wahlzeitungen und Wahlillustrierte

Kandidatenwerbung

Kleinwerbemittel

Zusammenfassungen und Rechenschaftsberichte über die Wahlwerbung

Wahlwerbemittel- und Bild-Archiv werden genauso wie die umfangreiche Wort-Dokumentation (Archiv) allen Gliederungen der Partei zur Verfügung stehen.

Aufgabe der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit nach dem Wahlkampf war es, der Partei das notwendige Material für eine neue positive Selbstdarstellung zu liefern und die Möglichkeit vorzubereiten, den eigenen politischen Standort in der Öffentlichkeit darzustellen.

Für eine Verdeutlichung der politischen Standorte der CDU wurden gemeinsam von den Abteilungen Politik – Presse – Werbung und Öffentlichkeitsarbeit Aktionen vorbereitet und durchgeführt. Dabei wurden alle Landes- und Kreisverbände mit einer kostenlosen Werbemittel-Grundausrüstung beliefert. Nachauflagen konnten gegen Kostenbeteiligung bezogen werden. Von der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende Werbemittel verschickt:

Februar 1973 Aktion zum Grundvertrag

5 gute Gründe, warum wir nein zum Grundvertrag sagen	Gesamtaufll.:
1. Sechsseitiges Argumentationsfaltblatt Kostenlose Grundaufgabe je 1 000 Stück an alle Landes- u. Kreisverbände	600 000
2. Wandzeitung	6 000
3. Argumentationskarte	80 000
Nachdruck UiD-Dokumentation	35 000

März 1973 Aktion zu den Steuererhöhungen

Nach den Wahlen— bitte zahlen

1. Flugblatt je 1 000 Stück kostenlose Grundausrüstung	700 000
2. Argumentationskarte	80 000
3. Wandzeitung	6 000

April 1973 Aktion zur Rentenpolitik

Das Spiel mit den Rentnern

1. Flugblatt je 1 000 Stück kostenlose Grundausrüstung	500 000
2. Argumentationskarte	80 000

Material für die Öffentlichkeitsarbeit

Das Berliner Programm illustriert

Nach der Bundestagswahl verstärkte sich die Nachfrage nach Material über das politische Programm der CDU.

Mit dem Berliner Programm wurde eine neue, 64 Seiten starke, bebilderte Broschüre gestaltet, die durch eine hohe Auflage zu einem Erstauflagenpreis von 15 Pfennig abgegeben werden konnte.

Gesamtauflage: 500 000 Stück

„schwarz auf weiß“

Als allgemeingültiges Verteilmaterial für Veranstaltungen, Hausbesuche, Straßendiskussionen, aber auch für die Mitgliederwerbung wurde eine vierseitige, bebilderte CDU-Dokumentation im Zeitungsformat entwickelt. Diese Zeitung ist eine Illustration der Geschichte, der Idee, des Programms der Partei und ihrer führenden Köpfe.

Alle Kreisverbände haben eine kostenlose Grundausrüstung je nach Zahl der Wahlberechtigten erhalten. Die Kosten haben die Landesverbände und die Bundespartei gemeinsam getragen.

Erreichte Gesamtauflage mit Nachbestellungen 2 000 000 Stück

Broschüre „Die CDU stellt sich vor“

Der Selbstdarstellung der CDU insbesondere in der Mitgliederwerbung, aber auch gegenüber Schulen, Verbänden und anderen Interessenten dient die neue, 32 Seiten starke Broschüre unter dem Titel „Die CDU stellt sich vor“, die bis zum Bonner Parteitag gültig ist.

Gesamtauflage: 50 000 Stück

Dokumentation „Die Geschichte der CDU“

Im April ist eine 256seitige Dokumentation über die „Geschichte der CDU“ zum Stückpreis von 2,- DM vorgelegt worden.

Inhalt:

Das Wirken der CDU seit ihrer Gründung 1945. Sie enthält alle Parteitage mit Fotos und alle Programme. Sie ist praktisch eine politische Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Erstauflage: 30 000 Stück

Zwischenbericht der CDU-Grundsatz-Kommission

„Herausforderungen unserer Zeit“

Auf dem Wiesbadener Parteitag der CDU erstattete Richard von Weizsäcker den Zwischenbericht der CDU-Grundsatzkommission. In 2 000 Exemplaren wurde dieser Bericht in Wiesbaden gedruckt. Bis heute hat er sich durch mehrere notwendige Nachauflagen zu einem echten Bestseller entwickelt.

Gesamtauflage bisher 280 000 Stück

Die Nachfrage hält unvermindert an.

Regiebücher für die Arbeit der CDU

Um allen aktiven Mitgliedern Hinweise, Anleitungen und Erfahrungen über praktische Parteiarbeit zu vermitteln, ist eine Broschüren-Serie „Regiebuch“ vorbereitet worden.

Erschienen: Auflage

Regiebuch 1: Mitgliederwerbung 10 000
Mitgliederwerbung nach dem Kontaktermodell

Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung 10 000
CDU-Nachbarschaftshilfe für Neubürger

In Vorbereitung:

Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen
Anleitungen für Bürgerinitiativen und Soziale Dienste

Regiebuch 4: Pressearbeit

Regiebuch 5: Veranstaltungen

Geplant:

- Regiebuch 6: **Kontakte**
Kontakte zum vorparlamentarischen Raum –
Wählerinitiativen
- Regiebuch 7: **Canvassing**
- Regiebuch 8: **Wahlkreisbetreuung**
- Regiebuch 9: **Wahlkampf**
- Regiebuch 10: **Werbung und Öffentlichkeitsarbeit**

Willkommen-Schecks für Neumitglieder

Über 100 000 neue Mitglieder sind seit dem Saarbrücker Parteitag in die CDU eingetreten.

Diese Mitglieder müssen Kontakt zur Partei finden, sie müssen betreut und integriert werden. Die Bundespartei hat dafür ein Scheckheft mit 10 Willkommen-Schecks für Neumitglieder zum Versand durch die Kreisverbände entwickelt. Mit diesen Schecks können die Mitglieder Informationen und Kontakte abrufen.

Die 10 Schecks:

1. Informations-Scheck
2. Zeitungs-Scheck
3. Erkennungs-Scheck
4. Kontakt-Scheck
5. Studien-Scheck
6. Seminar-Scheck
7. Freundschafts-Scheck
8. Bonn-Scheck
9. Ideen-Scheck
10. Abonnenten-Scheck

Scheckheft-Erstaufgabe: 30 000 Stück

Auflagen

Von Dezember 1972 bis Ende Mai 1973 wurden von der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit an Werbematerial produziert und weitergegeben:

	Auflage
1. Flugblätter	1 800 000
2. Argumentationskarten	240 000
3. Wandzeitungen	12 000
4. Broschüren der Serie „Argumente, Dokumente, Materialien“	80 000
5. Broschüren und Prospekte z. B. „schwarz auf weiß“, CDU stellt sich vor, Programm	3 270 000

Wandzeitungen

Nach einer Reihe von Experimenten mit verschiedenen Bestell-, Bezugs- und Versand-Modellen wird im Juni 1973 eine endgültige Regelung für einen nun hoffentlich voll befriedigenden und reibungslosen Wandzeitungs-Dienst in Kraft gesetzt. Ab Juni 1973 wird jeden Monat eine Wandzeitung zu einem aktuellen politischen Thema produziert.

Aufgelegt wird nur noch einheitlich das Format DIN A 2.

Jeder Landes- und Kreisverband erhält regelmäßig jeden Monat 25 Exemplare kostenlos zugeschickt.

Die weitere Streuung an die zuständigen Schaukasten-Betreuer erfolgt durch die Kreisgeschäftsstellen.

Zentrales Versandsystem

Nach einer gründlichen und selbstkritischen Analyse des Material-Bestell- und Versandsystems im Bundestagswahlkampf wurde für die Materialversorgung der Partei ein neues, leistungsfähigeres Bestell- und Versandsystem entwickelt, das am 1. August 1973 in Kraft tritt:

- Die CDU hat mit den Vereinigten Verlagsanstalten Düsseldorf einen Dienstleistungsvertrag geschlossen.
- Die VVA richtet in Düsseldorf mit großer Lagerhalle ein Versandzentrum ein.
- Für alle von der CDU produzierten Materialien gibt es ab 1. 8. 73 nur noch eine Bestellanschrift.
- Es wird ein neuer Bestellscheck mit Durchschreibebältern entwickelt, auf dem allein Bestellungen ausgeführt werden.
- Die VVA übernimmt für die CDU die gesamte Bestellabwicklung, Versand, Rechnungsstellung, Inkasso- und Mahnwesen.
- Es erscheint ein Service-Katalog in Loseblatt-Form, der alle gültigen Angebote enthält und am 1. 8. 73 in Kraft tritt.
- Das gesamte aktuelle Informationsmaterial wird wöchentlich im UiD angeboten.

Informations-Service

Die Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit beschreitet einen neuen Weg für eine bessere Bedienung von Informations-Wünschen, für die Versorgung von Besuchern des Konrad-Adenauer-Hauses in Bonn und die Beantwortung von Einzelanfragen.

In direkter Anbindung an das Informations-Materiallager der Bundespartei wurde ein Informationsschalter eingerichtet, an dem Besucher direkt Auskunft und Material erhalten. Außerdem werden von diesem Büro aus der Versand von Material auf Einzelanfragen und die Beantwortung von Einzelbriefen gesteuert.

Die räumlichen Voraussetzungen sind geschaffen, die Eröffnung des Informations-Büros erfolgt mit der personellen Besetzung ab Juli 1973.

Mitgliederwerbung

In verschiedenen Modellaktionen wurde das System „Mitgliederwerbung durch CDU-Kontakter“ weiterentwickelt. Die gesammelten Erfahrungen sind im Regiebuch 1: „Mitgliederwerbung“ zusammengefaßt.

Zur Zeit werden von der Bundesgeschäftsstelle mehrere Werbeaktionen unterstützt, die nach diesem Regiebuch angelaufen sind. Hauptsächlich werden die örtlichen Mitglieder ausgebildet, die als CDU-Kontakter eingesetzt werden sollen.

Um noch mehr Einzelaktionen betreuen zu können, wird auf Bundesebene eine Gruppe von CDU-Kontaktern ausgebildet, die überregional eingesetzt werden können. Das erste Bundes-Seminar findet mit 22 Teilnehmern vom 15. – 17. Juni 1973 in Bonn statt. Für die Schulung wurde ein CDU-Kontakter-Brevier erstellt.

Für die Schaffung von Stellen von hauptberuflichen Beauftragten für die Mitgliederwerbung auf Kreisverbandsebene wurde ein Musterkonzept mit Vertragsmuster und Auftragsformulierung entwickelt, das im Rhein-Sieg-Kreis erprobt wird.

Zur Zeit wird die Konzeption für eine überregionale Mitgliederwerbekampagne fertiggestellt, die nach dem Hamburger Programm-Parteitag anlaufen kann.

1. Datenbank

Seit dem 1. Februar 1972 ist die Datenbank der Personalplanung der Bundesgeschäftsstelle voll einsatzbereit. Die durch Presseveröffentlichungen im Herbst vergangenen Jahres ausgelösten Besprechungen mit der Bundesanstalt für Arbeit sind zum Abschluß gekommen. Die dabei festgehaltenen Grundsätze und Regelungen entsprechen in vollem Umfange der bisherigen Handhabung. Es ist gemeinsame Auffassung, daß die EDV-Personalplanung in hohem Maße dem öffentlichen Wohl dient, indem sie bemüht ist, für die fachgebundene Mitarbeit in der Partei und für die Besetzung von Stellen, über die seit Jahr und Tag nach fachlicher Eignung und politischer Präferenz entschieden wird, Personaldaten von Personen bereitzustellen, die durch Auswahl aus einem großen Pool besonders qualifiziert sind. Neben der Hergabe von Personalinformationen für die Besetzung von Positionen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis wahrzunehmen sind, werden auch gelegentlich Personalinformationen für politisch beeinflusste Positionen besonders hervorgehobener Art in Körperschaften des öffentlichen Rechts und in Verbänden, deren Rechtsverhältnisse nach BAT oder ADO geregelt sind, gewährt.

2. Aus- und Fortbildungsprogramm

Nach knapp zweijähriger Vorbereitung ist das Aus- und Fortbildungsprogramm für hauptamtliche Mitarbeiter der Partei in ein konkretes Ablaufstudium getreten. Der erste Einzelkursus des Gesamtprogramms zur intensiven Schulung läuft noch vor der Sommerpause an. Zwei weitere folgen im August und im November dieses Jahres.

Das Aus- und Fortbildungsprogramm ist auf das Berufsfeld des politischen Managements ausgerichtet. Dabei treten zwei Berufsgruppen hervor:

1. Der Organisator im Verbandswesen.
2. Der Fachberater im Verbandswesen.

Der größte Teil der Aus- und Fortzubildenden wird Organisator, d. h. Kreisgeschäftsführer, sein. Das Programm ist sowohl auf neu beginnende Amtsträger als auch auf die seit Jahren im Beruf stehenden hauptamtlichen Mitarbeiter abgestellt. Die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden im Interesse der Partei auf dem laufenden gehalten, für eine spätere Berufstätigkeit nützlich sein und durch ein Abschlußzertifikat nachgewiesen. Das Programm umfaßt Kurse mit folgender Ausstattung, die alle in einer bestimmten Zeitphase belegt werden sollen, da sie eine Einheit bilden:

1. Analytisches Denken – Entscheidungs- und Problemanalyse
2. Organisationslehre
3. Verwaltungslehre
4. Kommunikation und Information
5. Gesellschaftsstruktur und Meinungsbildung
6. Politischer Sachkursus aus dem Bereich Kommunalpolitik

An die Stelle der Volontariate für Neuanfänger treten Wochenendkurse, in denen Erfahrungen und Beobachtungen am Einsatzort aufgefangen und für den nächsten Kursus aufbereitet werden.

Wesentlich für die Wirksamkeit des Programms ist die Methodik. Verhaltenspsychologische Modelle der Industrie und Verwaltung werden dem Anliegen der Kurse angepaßt.

Jeder Kursus wird Fragen und Erfahrungen aus dem Funktionsbereich auffangen, Informationen auf dem neuesten Stand der Entwicklung vermitteln und vor allem an Fällen aus der Praxis orientiert sein. Die Übungs- und Gruppenarbeit steht im Vordergrund.

Die in diesem Jahr ausgeschriebenen drei Kurse enthalten nachstehende Ziele und Inhalte:

1. Information:

Besucher und Funktionsträger zu größerer Informationsfreudigkeit und zur zielgerichteten politischen Information in der Familie, im Freundeskreis und in der beruflichen Umwelt anzuhalten.

(Übungsinhalte: Bodenrecht, berufliche Bildung, Eigentumsbildung)

2. Kommunikation:

Die besondere Situation von Informationsträgern wie Presse, Vereinigungen und Meinungsführer zu erkennen, sie mit unseren Anliegen richtig vertraut zu machen und sie für eine dauerhafte Zusammenarbeit in gemeinsam interessierenden Fragen zu gewinnen.

(Inhalte: Strukturen, Kommunikationsformen, Meinungs- und Willensbildung)

3. Organisation:

Unsere Organisation, wo immer nötig, aus der Beschäftigung mit sich selbst zu lösen und mit ihr eine größere und situationsgerechte Öffentlichkeitswirkung zu erreichen.

(Inhalte: Organisationsziel und Organisationsform, Organisationsmittel, Personalauswahl, Veranstaltungen und ihr kommunikativer Wert)

Bundesrednereinsatz nach dem Wahlkampf

Auf Grund eines Bundesvorstandsbeschlusses, der die Mitglieder des Parteipräsidiums, die Landesvorsitzenden und die der CDU angehörenden stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufforderte, für öffentliche Großveranstaltungen in den Kreisverbänden im laufenden Jahr je 20 Termine zur Verfügung stellen, konnte die Bundesgeschäftsstelle für das 1. Halbjahr 1973 ca. 20 Veranstaltungen organisieren. Hinzu kommen die 70 Veranstaltungen des Parteivorsitzenden im Rahmen seiner Basisbesuche. Von den Bundesrednern wurden zusätzlich ca. 100 Termine genannt, die sie direkt mit den Veranstaltern vereinbart haben. Da der größte Teil der Einsätze von den Bundesrednern direkt vereinbart wird und nicht über die Bundesgeschäftsstelle läuft, ist das Ziel des Vorstandsbeschlusses, im Laufe des Jahres in jedem Kreisverband eine Großveranstaltung mit einem Bundesredner durchzuführen, mit Sicherheit auch nicht annähernd erreichbar. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß das Ergebnis der Aktion im 2. Halbjahr 1973 besser aussieht, denn zum Zeitpunkt des Vorstandsbeschlusses (19. 2. 1973) waren bereits viele Termine direkt vereinbart.

Referentenvermittlung für Veranstaltungen im gesellschaftlichen Bereich

Die Abteilung Organisation sah sich bei ihren Bemühungen, Referenten für Veranstaltungen im gesellschaftlichen Bereich zu vermitteln, großen Schwierigkeiten gegenüber. Für eine Veranstaltung mußten bis zu 24 Damen und Herren angesprochen werden, um eine Zusage zu erhalten. Es ist anzunehmen, daß viele Abgeordnete sehr viele andere Termine – teils auf direkte Ansprache, teils durch Vermittlung der Landesgeschäftsstellen – wahrgenommen haben. Das innerparteiliche System der Vermittlung bedarf einer klaren Aufgabentrennung zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesgeschäftsstellen, und die Methode der Vermittlung sollte von der Reaktion auf Anfragen umgestellt werden auf langfristige Programmplanung mit den entsprechenden Institutionen.

Bei der Vermittlung von Referenten für parteieigene Veranstaltungen des Typus „Kreisparteitag“ oder „Podiumsdiskussion“ konnten trotz intensiver Bemühungen nicht alle Wünsche erfüllt werden.

Veranstaltungen

Es wurden organisiert:

- der 20. Bundesparteitag in Wiesbaden vom 9. bis 11. 10. 1972 mit 2 500 Teilnehmern.
- die Wahlkampfgroßkundgebung in Dortmund am 29. 10. 1972 mit 15 000 Teilnehmern,
- die Wahlkampfgroßkundgebung in Köln am 16. 11. 1972 mit 6 000 Teilnehmern,
- die Einweihung des Konrad-Adenauer-Hauses am 27. 1. 1973
- zwei Bundesausschußsitzungen
- ein Treffen der CDU-MdB's im Konrad-Adenauer-Haus sowie
- der 21. Bundesparteitag in Bonn, zu dem 671 ordentliche Delegierte eingeladen wurden. Die ständig wachsende Zahl der Delegierten und Pressevertreter sowie die geringe Größe der Halle lie-

Ben die Einladung von Ehrengästen und Gästen nicht zu. Inzwischen lief bereits die Vorbereitung des 22. Parteitages in Hamburg an.

Organisatorische Unterstützung leistete die Abt. Organisation

- für die Bundesdelegiertenkonferenz der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge am 10. 2. 1973 in Bonn,
- für den Bundeskongreß der Frauenvereinigung am 31. 3. und 1. 4. 1973 in Kassel und
- für die Vorbereitung der Bundestagung der Sozialausschüsse am 19. und 20. 5. 1973 in Bochum.

Betreuung von Besuchergruppen

Im Berichtszeitraum wurde die Betreuung von 40 angemeldeten Besuchergruppen von der Abteilung organisiert. Da Schwierigkeiten bei der Betreuung von unangemeldeten Besuchergruppen und Einzelbesuchern entstanden waren, gibt es seit dem 16. 4. 1973 die Einrichtung des „Referenten vom Dienst“. Jeweils ein Referent der Bundesgeschäftsstelle betreut die überraschend ankommenden Gruppen und Einzelbesucher. Da ein Besuch im Konrad-Adenauer-Haus immer häufiger in das Programm der nach Bonn fahrenden Gruppen aufgenommen wird, hat sich diese Einrichtung bis jetzt sehr bewährt.

Die Abteilung Organisation koordinierte die Mietung der Säle und Konferenzräume des Konrad-Adenauer-Hauses durch die Partei: Im Berichtszeitraum fanden ca. 270 Sitzungen und Tagungen statt.

Zentrale Mitgliederkartei

Aus dem Bereich Datenverarbeitung ist zu berichten:

1. Die Anzahl der Karteiveränderungen (Zugänge, Abgänge, Veränderungen und regionale Neugliederungen) betrug im Berichtszeitraum 1. 9. 1972 bis 30. 4. 1973 insgesamt **155 609** gegenüber **86 632** im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das entspricht einer Steigerung um **79,6 %**.

2. Durch besonders starken Arbeitsanfall in den Monaten Dezember 1972 bis März 1973 (104 008 Veränderungen aller Art) ergaben sich naturgemäß Verzögerungen bei der Belieferung mit Karteien, Ausweisen, Postanweisungen, Anschriften-Etiketten und Listen, da zur gleichen Zeit die Umstellung von konventioneller Datenverarbeitung auf EDV vorgenommen wurde.

3. Seither drucken wir monatlich im Durchschnitt etwa 4 Millionen Zeilen, vorwiegend auf

- a) Klarsichtkarteikarten
- b) Mitgliederausweise
- c) Einweisungs- und Zurückziehungskarten für Periodica
- d) Anschriften-Etiketten
- e) Mitgliederlisten
- f) Statistische Berichte

Der Service laut Punkt d) und e) wird mit Selektion der geförderten Mitgliedergruppen und Sortierung nach Wunsch ausgeführt.

4. Um eine möglichst kurzfristige Belieferung unserer Verbände mit dem stark anwachsenden Service sicherzustellen, hat die EDV Schichtbetrieb von 6 bis 21 Uhr eingeführt.
5. In der Regel führen wir nun monatlich drei Änderungsdienste durch. Zwischen Posteingang und Postausgang liegen jetzt etwa 7 bis 15 Tage, abhängig davon, ob die Post kurz vor oder nach einem 10tägigen Abschluß eingeht.
6. Neben zwei Änderungsdiensten für die Datei der Jungen Union (ca. 20 % des Arbeitsanfalles bei der CDU) verbleibt bei wöchentlich 75 Systemstunden die z. Z. erforderliche Kapazität für die Abwicklung des Service.
7. Eine Projektgruppe der Finanzkommission befaßt sich mit den Problemen „Zentrales Beitrags-Inkasso und Buchführung“. Die komplexen Bereiche sollen 1974 mit einzelnen Kreisverbänden unterschiedlicher Struktur getestet werden.
8. Von den aufgrund von Parteifunktionen zum kostenlosen UID-Bezug berechtigten Mitgliedern werden im Spätsommer Bestandslisten an die KV versandt werden, die, mit entsprechenden Änderungen und Ergänzungen des KV versehen, einen aktuellen Meldestand sicherstellen sollen. Laufende Änderungen sollen selbstverständlich über die bekannten Veränderungsmeldeformulare gemeldet werden.

Mitgliederbestand

nach dem Stande vom 30. 4. 1973 in aufsteigenden Zahlen

Landesverbände

0600	Bremen	2 425
0900	Braunschweig	5 096
0700	Hamburg	7 505
1100	Oldenburg	9 192
0500	Berlin	9 676
1500	Saar	20 244
1600	Schleswig-Holstein	23 900
0800	Hessen	40 501
1000	Hannover	43 633
1400	Rheinland-Pfalz	51 376
01-4	Baden-Württemberg	58 001
1300	Westfalen	79 016
1200	Rheinland	88 851
<hr/>		
13	Landesverbände mit	439 416 Mitgliedern
	Zahl der Kreisverbände	323 *
	Durchschnittl. Mitgliederbestand pro Kreisverband	1 360 *

* ohne Ostsektor

Mitgliederzuwachs in den Landesverbänden

1. September 1972 bis 30. April 1973

Landesverband	Mitgl.-	Mitgl.-	Mitglieder-	
	stand am 31. 8. 72	stand am 30. 4. 73	absolut	%
Baden-Württemberg	53 243	58 001	4 758	8,94
Berlin	8 898	9 676	778	8,74
Bremen	1 998	2 425	427	21,37
Hamburg	6 358	7 505	1 147	18,04
Hessen	35 306	40 501	5 195	14,71
Braunschweig	4 456	5 096	640	14,36
Hannover	36 893	43 633	6 740	18,27
Oldenburg	8 313	9 192	879	10,57
Rheinland	77 654	88 851	11 197	14,42
Westfalen	69 851	79 016	9 165	13,12
Rheinland-Pfalz	47 888	51 376	3 488	7,28
Saar	19 315	20 244	929	4,80
Schleswig-Holstein	21 767	23 900	2 133	9,80
<hr/>				
Bund	391 940	439 416	47 476	12,11

Die 10 kleinsten Kreisverbände

1012	Emden	213
0821	Hanau-Stadt	215
0811	Frankenberg	224
1355	Wittgenstein	262
1025	Hannoversch-Münden	267
1034	Lüneburg-Stadt	289
0307	Heidenheim	295
1327	Iserlohn-Stadt	314
0831	Marburg-Stadt	316
0803	Biedenkopf	318

Die 10 größten Kreisverbände

1216	Heinsberg	3 644
1507	Saarlouis	3 702
1202	Aachen-Land	3 809
1210	Düren	4 248
1214	Essen	4 496
1342	Recklinghausen-Stadt / Land	4 730
1211	Düsseldorf-Stadt	4 857
1239	Rhein-Sieg-Kreis	4 873
1222	Köln-Stadt	6 185
1205	Bonn	6 191

Anzahl der ausgeschiedenen Mitglieder

1. 9. 1972 bis 30. 4. 1973

Gründe des Ausscheidens	Abgänge in Zahlen
a) ausgeschieden	
1. verstorben	4 348
2. unbekannt verzogen	1 870
3. Karteibereinigung	590
b) ausgetreten	
4. ohne Grundangabe	5 488
5. soziale und persönliche Gründe	710
6. politische Gründe	200
c) ausgeschlossen	
7. Beitragsrückstand, -verweigerung	644
8. parteischädigendes Verhalten	14
d) überwiesen	
9. an andere Kreisverbände (erscheinen dort im Zu- gang) *	29 945
<hr/>	
ausschiedene Mitglieder insgesamt	43 809

* Hierin enthalten sind 26 047 Mitglieder, die infolge der kommunalen Neuordnung einem anderen Kreisverband zugeordnet wurden (kein Wohnortwechsel).

Jahr	Monat	Mitgliederstand	Zugänge	Abgänge	Netto-Zugänge
1969	7	294 946	3 841	2 387	1 454
	8	295 797	2 301	1 450	851
	9	296 554	2 175	1 418	757
	10	298 280	3 553	1 827	1 726
	11	300 311	3 951	1 920	2 031
	12	303 532	5 500	2 279	3 221
1970	1	305 941	5 173	2 764	2 409
	2	308 451	4 642	2 132	2 510
	3	310 394	4 803	2 860	1 943
	4	313 751	5 395	2 038	3 357
	5	315 215	2 511	1 047	1 464
	6	317 318	3 685	1 582	2 103
	7	319 815	4 585	2 088	2 497
	8	321 439	3 067	1 443	1 624
	9	324 171	4 352	1 620	2 732
	10	325 249	2 391	1 313	1 078
	11	327 361	3 984	1 872	2 112
	12	329 239	4 491	2 613	1 878
1971	1	331 115	4 016	2 140	1 876
	2	332 845	4 661	2 931	1 730
	3	336 032	5 878	2 691	3 187
	4	338 850	4 816	1 998	2 818
	5	341 987	4 721	1 584	3 137
	6	343 697	3 975	2 265	1 710
	7	346 024	4 003	1 676	2 327
	8	346 776	2 636	1 884	752
	9	348 531	4 034	2 279	1 755
	10	350 437	3 628	1 722	1 906
	11	352 434	4 188	2 191	1 997
	12	355 745	5 595	2 284	3 311
1972	1	357 759	4 752	2 738	2 014
	2	363 371	8 391	2 779	5 612
	3	368 726	7 780	2 425	5 355
	4	372 409	5 347	1 664	3 683
	5	377 752	7 319	1 976	5 343
	6	383 371	7 715	2 096	5 619
	7	387 413	5 652	1 610	4 042
	8	391 940	6 963	2 436	4 527
	9	397 329	6 954	1 565	5 389
	10	402 749	6 502	1 082	5 420
	11	414 069	12 625	1 305	11 320
	12	422 968	11 215	2 316	8 899
1973	1	428 100	7 813	2 681	5 132
	2	433 206	7 962	2 856	5 106
	3	436 385	6 857	3 678	3 179
	4	439 416	5 310	2 279	3 031

Absoluter monatlicher Mitgliederstand in 1000



